



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 129

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 129

---

vom 4.10.2016

---

del 4/10/2016

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo  
Dr. Thomas Widmann

Presidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 129

---

vom 4.10.2016

**Inhaltsverzeichnis**

|  |          |
|--|----------|
| Aktuelle Fragestunde. . . . .  | Seite 1  |
| Landesgesetzentwurf Nr. 79/16: "Neuregelung der Bezüge gemäß Gesetzesdekret vom 10. Oktober 2012, Nr. 174, mit Gesetz vom 7. Dezember 2012, Nr. 213, abgeändert und zum Gesetz erhoben". . . . . | Seite 22 |
| Beschlussantrag Nr. 630/16 vom 12.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Blaas, Leitner, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend: NEIN zu Müllimporten nach Südtirol. . . . .         | Seite 25 |
| Beschlussantrag Nr. 651/16 vom 17.8.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend mehrsprachige Kindergärten. . . . .   | Seite 33 |

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 129

---

del 4/10/2016

**Indice**

|   |         |
|---|---------|
| Interrogazioni su temi di attualità. . . . .  | pag. 1  |
| Disegno di legge provinciale n. 79/16: "Riforma delle indennità ai sensi del decreto-legge 10 ottobre 2012, n. 174, convertito in legge, con modificazioni, dalla legge 7 dicembre 2012, n. 213". . . . . | pag. 22 |
| Mozione n. 630/16 del 12/7/2016, presentata dai consiglieri Blaas, Leitner, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante: NO all'importazione di rifiuti in Alto Adige. . . . .                        | pag. 25 |
| Mozione n. 651/16 del 17/8/2016, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante scuole materne plurilingui. . . . .  | pag. 33 |

## Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 14.36 Uhr

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per l'odierna seduta si è giustificato il vicepresidente Widmann.

Ai sensi dell'articolo 110, comma 5 del regolamento interno devo dare comunicazione delle risposte alle interrogazioni scritte che non sono ancora pervenute. Al riguardo risultano le interrogazioni n. 2184, n. 2185, n. 2186, n. 2205 e n. 2207 assegnate all'assessora Stocker.

Per quanto riguarda le risposte alle interrogazioni su temi di attualità del mese di settembre comunico che le seguenti interrogazioni hanno ricevuto risposta dopo la scadenza e precisamente dopo il 23 settembre. Sono le interrogazioni n. 17, n. 41, n. 30, n. 43 e n. 68 assegnate all'assessora Stocker.

Comunico inoltre che l'interrogazione su temi di attualità n. 33 non ha ancora avuto risposta da parte dell'assessora Stocker.

Passiamo ora alla trattazione del punto n. 1.

Punto 1) dell'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità**".

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde**".

**Interrogazione n. 1/10/16** del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: Hotel preclusi ai bambini anche in Alto Adige: qual è la situazione giuridica? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Noch sind sie an einer Hand abzuzählen, aber auch in Südtirol wächst die Zahl „kinderfreier“ Hotels, die keine Gäste unter 16 Jahren aufnehmen, um ihrer Klientel einen ungestörten, von Kindersound und Lautstärke freien Urlaub zu sichern. So hat jüngst das „Alpin Garden Wellness Resort“ in St. Ulrich sich in die südtirolweit noch kleine Riege der „child free“-Hotels eingereiht. Das sind gewiss Ausnahmen in Südtirol, das ansonsten erfreulicherweise als Sanktuarium familienfreundlicher Gastlichkeit gilt. Verständlich die Position der Gastgeber, die auf eine Marktnische zielen, die unter ruhebedürftigen Gästen gewiss gut ankommt. Dennoch stellt sich die Grundsatzfrage, ob in solchen Fällen nicht auch der Grundsatz der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zumindest überdehnt wird, wenn „öffentliche Betriebe“ bestimmte Gästegruppen allein aufgrund von Lebensalter und erwarteten Verhaltensformen explizit ausschließen. In Deutschland hat die Antidiskriminierungsstelle Bedenken geäußert, sodass auch für Südtirol eine Überprüfung sinnvoll erscheint.

Daher richten wir folgende Anfrage an die Südtiroler Landesregierung:

- Wie beurteilt sie bzw. die Antidiskriminierungsstelle die Rechtslage von sog. „Kinderfreien“ bzw. „Adults-only“-Hotels?

- Ist die künftige Ausrichtung in dieser Frage mit IDM bzw. dem Hoteliersverband besprochen worden?

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Zunächst einmal grundsätzlich. Die gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass in einem öffentlichen Beherbergungsbetrieb, denn dieser hat eine Lizenz dafür, jedem, der nach der Leistung fragt und sie bezahlt, die Leistung auch zu erbringen ist, das heißt, dass streng genommen ein Ausschluss von besonderen Personengruppen gesetzlich gar nicht möglich wäre. Andererseits steht es natür-

lich jedem Unternehmen frei, sich zu positionieren, um spezielle Zielgruppen besonders anzusprechen. Dies ist aber als Angebot und nicht als Diskriminierung zu sehen und führt zu einem vielfältigen Angebot.

Hier erlauben Sie mir noch anzufügen, dass es sicher zulässig ist, wenn man sich spezifisch an Zielgruppen wendet, genauso wie man sagt, dass man ein Kinderhotel sei, das heißt nicht, dass man, wenn sich ein erwachsenes Paar ohne Kinder anmeldet, dieses nicht nimmt. Der Hinweis "Kinderhotel" bedeutet, dass es in diesem Betrieb unter Umständen etwas lauter zugehen könnte. Wenn man wirklich die Ruhe sucht, dann wird man sich als Erwachsene nicht unbedingt ein Kinderhotel auswählen. Ich selbst habe Erfahrung mit Kindern gemacht. Man fühlt sich in einem solchen Betrieb sehr wohl, weil man sich beim Essen nicht schämt, wenn das Kind einmal brüllt, wenn es nicht schmeckt, weil sowieso alle brüllen, aber umgekehrt ist es nicht angenehm, wenn man in einem Hotel ist, in dem es kaum Kinder gibt. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, dass man sich so positioniert.

Die Frage ist jetzt, wie diese Positionierung erfolgt ist, und zwar im Sinne von "man schließt aus" und sagt, das ist verboten im Sinne von "Adults-only-Hotel" - wir haben letztes Mal über ein solches Etablissement diskutiert, das ist aber etwas anders -, oder es ist mehr die Schiene, dass man sagt, dass es bei uns nicht unbedingt kinderfreundlich ist im Sinne von "wir weisen darauf hin, dass wir dafür nicht spezialisiert sind". Das Ergebnis wird dasselbe sein. Im Prinzip geht es um die Art und Weise, ob es sich um eine unrechtmäßige Diskriminierung handelt oder um eine rechtmäßige und auch durchaus erwünschte Positionierung am Markt. Das wollen wir auch in Absprache mit dem HGV noch einmal genau klären und darauf hinweisen.

Das Zweite ist die künftige Ausrichtung. Wir werden uns selbstverständlich nicht in Richtung kinderfreie Hotels ausrichten als grundsätzliche Positionierung des Landes. Wir wollen weiterhin als dieses gastfreundliche Südtirol gelten, das insbesondere für Familien mit Kindern auch eine schöne und interessante Urlaubsdestination sein will. Das schließt nicht aus, dass es auch Betriebe gibt, die sagen, dass sie ihren Schwerpunkt nicht dort, sondern irgendwo anders, nämlich besonders bei der Ruhe setzen. Das ist auch die Positionierung, die vereinbart worden ist. Es hat nämlich nach dem Bekanntwerden dieser Besonderheiten entsprechende Aussprachen zwischen IDEM- und HGV-Vertretern gegeben. Das wird auch noch in der Kommunikation an die Betriebe Folgen haben.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Vielleicht nur noch eine Nachfrage, weil mir die erste Antwort nicht ganz klar erschienen ist oder ich sie in meinem begrenzten juristischen Sachverstand nicht nachvollziehen kann. Es ist eine Frage aufgetaucht. Sie haben gesagt, dass man einen Betrieb sehr wohl in Richtung auf eine bestimmte Zielgruppe positionieren und sagen kann, dass man bevorzugt, Erwachsene oder vor allem ältere Personen aufzunehmen. Wenn eine Familie an der Rezeption ankommt und aufgrund des Vorhandenseins von Kindern abgewiesen wird, dann möchte ich wissen, was dann zum Beispiel passiert. Wenn ein Hotel sich auf den Markt positioniert und sich trotzdem wagt - Familie Kompatscher mit einem Teil der Kinder; es kommen sicher andere Fragen, die weniger verfänglich sind – diese abzuweisen, dann möchte ich wissen, ob die Schutzklausel dieses Hotels gegen die Kinder hält.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es ist selbstverständlich eine Diskriminierung, wenn diese Familie abgewiesen wird mit dem Hinweis, dass man keine Familie mit Kindern nehme. Das wäre eine unrechtmäßige Diskriminierung. Erlaubt wären aber auch gleichzeitig der Hinweis und die Empfehlung, eventuell ein anderes Hotel zu wählen, weil man wirklich nicht für Kinder positioniert und von der Ausstattung, vom Service, vom Restaurant her usw. nicht ausgerichtet sei. In diesem Fall ist es durchaus zulässig zu sagen, dass man nicht unbedingt der geeignete Betrieb für ihre Notwendigkeiten, für ihren Urlaubswunsch sei. Das ist zulässig. Genau darin liegt der Unterschied. Jemanden abweisen ist nicht zulässig, weil es ein öffentlicher Betrieb ist, der jeden Kunden, der bereit ist für die Leistung zu bezahlen, auch aufnehmen muss. Das ist genau die Grenze. Wenn man bei der Rezeption darauf hingewiesen wird, dass es andere Möglichkeiten gibt, dann lässt sich das in einem guten Einvernehmen lösen und das ist sicher zulässig, vielleicht auch gut für die betreffende Urlaubsfamilie. Wenn aber gesagt wird, dass man sie nicht nehmen könne, dann wäre dies eine unzulässige Diskriminierung. Aber wo fängt das an und wo hört das auf? Das wäre möglicherweise in Bezug auf Hautfarbe, Alter oder was auch immer. Das ist alles verboten.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 7/10/16. La parola al consigliere Leitner sull'ordine dei lavori.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich weiß, dass Kollege Heiss zum gleichen Thema auch eine Anfrage eingereicht hat. Ich bin einverstanden, wenn diese gleichzeitig behandelt wird.

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 7/10/16** del 20/9/2016, presentata dal consigliere Leitner, riguardante il campo di beach volley e pista per il pattinaggio artistico a Varna. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** In Vahrn sorgt derzeit die Errichtung eines Beachvolley- und Kunsteislaufplatzes für Aufsehen. Diese Struktur soll inmitten einer Wohnbauzone errichtet werden und besorgt vor allem die Anrainer. Das vorgesehene Areal ist für den verpflichtenden Anteil an Spielplätzen für die bestehende Wohnbauzone vorgesehen, weshalb der nun begonnene massive Eingriff eine grundsätzliche Änderung der eigentlichen Zweckbestimmung bedeutet.

Der Gemeinderat hat sich am 31. März d. J. zwar mehrheitlich für diesen Standort ausgesprochen, ein Ausführungsbeschluss und ein genehmigtes Projekt liegt anscheinend jedoch nicht vor.

Nachdem die Anrainer am Freitag, 26. August 2016, über den Beginn der Arbeiten informiert und diese bereits am Montag, 29. August 2016, begonnen wurden, scheinen wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen worden zu sein. Die Anrainer beklagen mangelnde Transparenz, wurden ihnen doch klare Informationen über die gesetzlichen Grundlagen des Eingriffes, über den Bau der neuen Struktur selbst, über Regeln bezüglich einer künftigen Führung und Wartung usw. bisher vorenthalten. Künftige Auseinandersetzungen und Bürgerklagen scheinen vorprogrammiert.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage hat die Gemeinde Vahrn für das gegenständliche Areal die Zweckbestimmung geändert?
2. Wo soll der Spielplatz, der auf Bp 657, K.G. Vahrn, vorgesehen war, nun errichtet werden?
3. Wann wurde das Projekt zur Errichtung einer Beachvolley- und eine Kunsteislaufplatzes genehmigt?
4. Wann wurde die notwendige Baukonzession ausgestellt, lagen zu diesem Zeitpunkt alle erforderlichen Gutachten seitens der zuständigen Landesämter und alle Vorkehrungsmaßnahmen (Änderung des Durchführungsplanes, technischer Bericht usw.) vor?
5. Ist es aus raumordnerischer Sicht zweckmäßig bzw. ist es im Sinne des Raumordnungsgesetzes überhaupt zulässig, mitten in einer Wohnbauzone eine solche Anlage zu errichten?

**PRESIDENTE: Interrogazione n. 21/10/16** del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante la realizzazione di un impianto sportivo a Varna: il Comune non rispetta la normativa in materia di edilizia e il diritto di informazione die cittadini? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Grazie, signor Presidente. Ich würde auch meinerseits im Anschluss an die vom Kollegen Leitner bereits vorgetragene Anfrage noch eine kleine meinerseits dazuhängen.

Der GR Vahrn beschloss am 31. 3. 2016, am Haus Voitsberg eine Sportanlage zu errichten. Mit Beschluss Nr. 16 legte er mit breiter Mehrheit ein attraktives Stück öffentlichen Grüns (ausgewiesen als „Kinderspielplatz“) inmitten von Wohnhäusern als Standort für einen Beachvolleyplatz fest. Obwohl die Gemeinde nur einen Steinwurf entfernt ist, machten sich weder BM Schatzer noch Sport-Referent Pattis die Mühe, die Anwohner persönlich auf das Vorhaben hinzuweisen. Diese waren trotz knapp befristeter schriftlicher Vorabinformation am 26. 8. 2016 daher völlig überrascht, als am 29. 8. 2016 Bagger auffuhren und die kleine Grünfläche umpflügten. Dabei beging die Gemeinde offenbar gravierende Verfahrensfehler: Die anfängliche Ausweisung als „Beachvolleyplatz“ wurde formlos in einen Mehrzwecksportplatz erweitert, da für die kalte Jahreszeit auch eine Eisfläche vorgesehen ist. So sind die Anwohner unerwartet mit einer Ganzjahresnutzung konfrontiert, die Ruhe und Lebensqualität empfindlich stören wird. Zudem lag für die Ausführung bei Baubeginn kein Projekt vor, sodass die Gemeinde im Grunde illegal vorging. Angesichts der Vorbildwirkung, die BM Schatzer als Präsident des Gemeindeverbands einnimmt, ist das Vorgehen nicht nur für Vahrn selbst, sondern auch landesweit ein Negativexempel öffentlicher Willkür.

Daher richten wir folgende Anfrage an die Südtiroler Landesregierung:

- Ist eine formlose Umwidmung eines Kinderspielplatzes ohne BLP-Änderung in zunächst Beachvolley-, dann Eislaufplatz zulässig?
- Muss die Gemeinde nicht über solche Umnutzungen direkt informieren?

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beide Anfragen sind im September, eine am 19. und die andere am 20. eingegangen. Wir brauchen, um diese entsprechend beantworten zu können, einige Informationen von Seiten der Gemeinde Vahrn. Diese ist dann von uns am 23. September um eine Stellungnahme ersucht worden. Es ist jetzt ungefähr zehn Tage her, aber ich habe diese Stellungnahme noch nicht erhalten. Anscheinend – das ist aber nur eine mündliche Auskunft – wird von der Gemeinde eine Stellungnahme vorbereitet. Das kann ich aber nicht bestätigen, weil ich sie noch nicht erhalten habe. Sollte diese eintreffen, werde ich die Informationen selbstverständlich nachliefern. Sollte die Gemeinde Vahrn nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, dann werde ich in Absprache mit dem Kollegen Theiner, der für die Raumordnung zuständig ist, diese Fragen soweit als möglich auch beantworten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat. Ich nehme dies zur Kenntnis, aber es verwundert mich eigentlich schon, dass gerade der Präsident des Gemeindevorstandes so lange braucht, um eine Antwort auszuhändigen. Beim Baubeginn waren sie wesentlich schneller.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Der Feststellung des Kollegen Leitner ist eigentlich wenig hinzuzufügen. Das ist voll zutreffend. Wir hoffen, dass Antworten eintreffen, zumal die Gemeinde eigentlich auf einen weiten Fragenkatalog innerhalb des Gemeinderates bereits weitläufig Auskunft erteilt hat. Es hätte wenig Mühe bedurft, diese Antworten im Rahmen des Gemeinderates zusammen zu kondensieren und auf eine für uns Landtagsabgeordnete lesefähige Version herabzudampfen, aber offenbar ist der vom Gemeindevorstandspräsidenten verhängte Boykott gegenüber dem Landtag und der Opposition nach wie vor gültig. Wir hoffen, es doch zu durchbrechen auch mit der Hilfe des Kollegen Blaas.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 11/10/16 del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Atz Tammerle e Knoll, riguardante l'incontro tradizionale dei presidenti dei Paesi di lingua tedesca: per quale ragione non ha partecipato la Provincia di Bolzano? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Am Donnerstag, den 9. September 2016 fand in Eupen das traditionelle Treffen der Präsidenten der deutschsprachigen Länder statt. Bei dem Treffen von Vertretern aus Deutschland, Österreich (Österreich fehlte diesmal wegen der Bundespräsidentenwahl), der Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und Belgien wurden vor allem europapolitische Themen angesprochen. Auch Süd-Tirol zählt zu den deutschsprachigen Ländern. Deshalb ist es verwunderlich, dass es nicht eingeladen wurde.

Fragen an die Landesregierung:

1. Warum hat Süd-Tirol nicht bei diesem Treffen der deutschsprachigen Länder teilgenommen?
2. Hat sich die Landesregierung jemals um eine Teilnahme bemüht?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wird sich die Landesregierung zukünftig um eine Teilnahme Süd-Tirols an diesen Treffen bemühen?

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Das traditionelle Treffen der Präsidenten deutschsprachiger Staaten findet seit 2004 jedes Jahr in einem anderen Land statt. 2015 war es Liechtenstein, heuer ist es Belgien. Belgien ist wie Luxemburg seit 2014 dabei, und zwar auf Einladung des deutschen Bundespräsidenten. Es ist allerdings ein Treffen der Staatsoberhäupter. Es treffen sich die Staatsoberhäupter der betreffenden Länder. So war zum Beispiel Kollege Oliver Paasch, mit dem ich im ständigen Austausch bin, der Präsident der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien nicht dabei, weil es das belgische Staatsoberhaupt war, das am Treffen mit dem Bundespräsidenten teilgenommen hat.

Voraussetzung dafür eingeladen zu werden - es wäre durchaus überlegenswert, darum anzusuchen -, ist, dass Deutsch als Landes-, also Staatssprache eingestuft ist. Nachdem das Autonomiestatut Deutsch zumindest für unser Land als Amtssprache vorsieht, müsste man prüfen, inwieweit das ausreicht, um diese Aufnahmebedingung zu erfüllen. Es ist im Verfassungsrang. Es bezieht sich nicht auf das gesamte Staatsgebiet, aber bei uns ist es Amtssprache und somit wäre das zu prüfen. Allerdings ist dann zu berücksichtigen, dass nach den bisherigen Gepflogenheiten der italienische Staatspräsident an den Treffen teilnehmen würde. Die Frage ist, inwieweit das Sinn macht. Man könnte bei dieser Gelegenheit auch vorschlagen, so wie es Eupen gemacht hat, das ist auch die Hauptstadt der deutschsprachigen Gemeinschaft, dass man ansuchen könnte, dies in Südtirol zu tun. Ich denke, das könnte man abwägen, allerdings muss einem bewusst sein, dass das die Gepflogenheiten und Einschränkungen

gen sind, die vorliegen. Es wäre zunächst zu prüfen, inwieweit auch der deutsche Bundespräsident eine Einladung aussprechen würde, und zwar so, wie er es bei den anderen Ländern getan hat.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke für die Antwort. Ich denke, es wäre schon sehr, sehr wichtig, dass man hier auch dabei ist, weil man von diesen Ländern viel lernen kann, was Regionalismus, Subsidiarität, Bundesstaatlichkeit, Sprachunterricht oder Verwaltung angeht. Deswegen wäre es sehr wichtig, dort dabei zu sein.

Ich möchte wissen, warum man sich nie darum gekümmert hat. Vielleicht liegt es daran, denn zuletzt war Kollege Dello Sbarba Landtagspräsident, dass man deswegen nicht jemanden geschickt hat. Es wäre interessant zu wissen, wieso es keine Teilnahme von unserer Seite gegeben hat.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich kann jetzt nicht für meine Vorgänger sprechen. Ich denke, dass es auf das zurückzuführen ist, was ich soeben genannt habe, und zwar, dass diese Einschränkungen vorliegen. Zunächst müsste man einmal eingeladen werden. Dann könnte man sich darum bemühen, aber dann ist auch zu überlegen, ob es Sinn macht, wenn der italienische Staatspräsident daran teilnimmt, denn das ist aktuell die Gepflogenheit. Man könnte sich natürlich um den Austragungsort Südtirol bemühen. Dann würde man wahrscheinlich auch in die Möglichkeit kommen, mit dabei zu sein so quasi als Gastgeber, aber das würde nur für diesen Fall gelten. Bei den anderen Treffen würde sich dies wieder erübrigen. Ich denke, dass es deshalb eine Opportunitätsüberlegung war zu sagen, was es dann am Ende wirklich bringt. Das muss man sich natürlich gut überlegen.

**PRESIDENTE:** L'esame dell'interrogazione n. 16/10/16 è temporaneamente sospeso in attesa dell'arrivo del componente della Giunta interrogato, assessore Mussner.

Passiamo all'**interrogazione n. 17/10/16** del 20/9/2016, presentata dalla consigliera Stirner, riguardante: nessuna donna presente al "tavolo dello sport". Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**STIRNER (SVP):** Eine neu gegründete Arbeitsgruppe - der „Tisch des Sports“ - wird sich mit der Entwicklung des Landesportzentrums befassen. Eine erste Sitzung hat bereits stattgefunden, auf welcher der Verband der Sportvereine Südtirols (VSS) und das CONI-Landeskomitee ihr Konzept vorstellten.

Von den 19 Teilnehmern am "Tisch des Sports" sind 19 Männer: Ralf Dejaco (Architekt), Matthias Schnitzer (Sportwissenschaftler), Simon Paul Meraner (Sportwissenschaftler), Stefan Resnyak (ärztlicher Leiter des Dienstes für Sportmedizin Bozen), Gustav Tschenett (ehemaliger Direktor der Sportoberschule Mals), Ehrenfried Obrist (Präsident des nationalen Sportschützenverbandes), Pietro Calò (Präsident der UISP), Walter Baumgartner (Präsident des FC Südtirol), Ferdinando Ottaviani (Vorstandsmitglied der USSA) und Marco Cobelli (Mitglied des Organisationskomitees Weltcup Gröden), Karl Rungger (Fachverband Fußball), Hermann Ambach (Fachverband Wintersport), Christian Trettl (Fachverband Eissport), Antonio Lazzarotto (Fachverband Radsport), Claudio Zorzi (Fachverband Handball), Richard Weissensteiner (Fachverband Tennis), Paolo Florio (Fachverband Volleyball), Giulio Angelucci (Fachverband Schwimmen) und Andrea Casolari (Fachverband Basketball).

Wissend, dass es in Südtirol im Bereich des Sports auch Frauen gibt und Bezug nehmend auf das ständige Bemühen, Frauen in allen Gremien, Vorständen und Arbeitsgruppen mit einzubeziehen, ersuche ich die zuständige Landesrätin um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist das Auswahlverfahren für die Arbeitsgruppe „Tisch des Sports“ verlaufen und wer zeigt sich für die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe verantwortlich?

2. Aus welchen Gründen ist die Arbeitsgruppe nur mit Männern besetzt worden?

3. Besteht die Möglichkeit, den „Tisch des Sports“, auch jetzt noch, nach Aufnahme seiner Tätigkeit, mit Vertreter/innen beider Geschlechter zu besetzen?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, Kollegin Stirner, du hast uns auf dem linken und rechten Fuß erwischt. Ich gebe zu, dass ich es selber nicht so ganz mitbekommen habe, weil an diesem Tisch auch die Mitglieder des Sporttisches, den wir sonst für die Beiträge haben, gesessen haben. Dort sind sehr wohl Frauen und auch Mitarbeiterinnen des Amtes anwesend. Deshalb ist es mir nicht so schnell aufgefallen wie es dir aufgefallen ist, und zwar in der Benennung all jener, die tatsächlich am Tisch des Sportes sitzen, also nicht die andere Arbeitsgruppe mit einbezogen.

Es ist so, dass wir die einzelnen Vereine und Verbände um Nominierungen angeschrieben haben. Die Nominierungen sind die zurückgekommen. Ich werde auf jeden Fall diese Verbände und Vereine noch einmal auffordern, vom einen oder anderen Abstand zu nehmen und mir eine oder eine andere zu benennen. Das werde ich auf jeden Fall tun. In diesem Sinne herzlichen Dank für deine Anfrage, die auf jeden Fall dazu beitragen wird, davon bin ich fest überzeugt, weil ich sicher bin, dass unserem Werben die Verbände und Vereine sicherlich nachgeben werden, dass du zur Verweiblichung dieses Tisches beiträgst. Vielen Dank!

**STIRNER (SVP):** Danke, Frau Landesrätin! Wir haben schon darüber gesprochen. Es liegt mir sonst nicht an, auf solchen Sachen herumzuhaken, aber das ist mir einfach ins Auge gestochen, und zwar 19 Mitglieder und 19 Männer im Sport, wo wirklich Frauen Platz haben sollten. Danke für Ihren Einsatz.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 16/10/16 del 20/9/2016, presentata dal consigliere Pöder, riguardante la funivia di S. Genesio. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Rund 60.000 Euro haben die Machbarkeitsstudie und die Vorplanungen für das mittlerweile begrabene Seilbahnprojekt Jenesien-Talferwiesen gekostet.

Im Dezember 2015 hatte die Landesregierung sich grundsätzlich für das Vorhaben ausgesprochen, die Machbarkeitsstudie und weitere Planungsschritte wurden durchgeführt, im Juni 2016 noch wurde das Projekt im Wirtschafts- und Finanzdokument des Landes als wichtiges Ziel eingetragen und dann wurde das Projekt fallen gelassen, begraben, bevor es noch richtig in Schwung gekommen ist.

Es fehlte schlichtweg der politische Konsens, auch mit der Gemeinde Bozen.

Die Ausschreibung des Vorprojektes um rund 100.000 Euro wurde blockiert.

1. Wie geht es nun mit dem Seilbahnprojekt weiter?
2. Was geschieht mit der blockierten Ausschreibung – kann es hier zu Regressforderungen der involvierten Betriebe kommen?
3. Muss für ein neues Projekt eine neue Machbarkeitsstudie erstellt werden?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Frage Nr. 1. Die bestehende seilbahntechnische Machbarkeitsstudie beinhaltet zwei Teilstücke. Das erste Teilstück betrifft die bestehende Trasse und das zweite Teilstück – wir haben darüber gesprochen - das Talferbett, für das kein politischer Konsens gefunden wurde. Die optimale Anbindung zur bestehenden Talstation soll durch eine eigene Arbeitsgruppe studiert werden. Die bestehende Seilbahn bedarf aufgrund ihrer Bauweise vieler Mitarbeiter und ist folglich kostenintensiv, aber deren Neubau ist weiterhin immer sehr aktuell.

Zu Frage Nr. 2. Es wird keine Regressforderungen geben, da keine Ausschreibung gestartet wurde.

Zu Frage Nr. 3. Eine neue seilbahntechnische Machbarkeitsstudie für das erste Teilstück ist nicht erforderlich, auch wenn geringere Anpassungen erforderlich sein sollten. Für eine eventuelle neue Trassierung, sollte ein solcher Vorschlag unterbreitet werden, muss selbstverständlich eine neue Machbarkeitsstudie durchgeführt werden.

Ich möchte das zusammenfassen, was die Seilbahn Jenesien angeht. Wir sind der Meinung, dass Bozen weiterhin als Seilbahnstadt bekannt sein soll. Das ist eigentlich etwas, was hier Tradition hat. Deswegen ist es notwendig, daran zu arbeiten. Nur muss man sagen, dass es ein Projekt sein muss, das nicht zu kostenintensiv ist, wo es möglich ist – diese Möglichkeit gibt es heutzutage -, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduziert werden können. Es gibt Seilbahnen, die mit ganz wenigen Mitarbeitern fahren. Wichtig ist dabei, dass man bei der Talstation Parkplätze, organisierte Zufahrtsdienste mit besonderen Mobilitätsfahrzeugen, wo es heutzutage diese Möglichkeit gibt, schafft und eine gute Verbindung mit Bussen bzw. Tram organisiert. Ich möchte nur sagen, dass man immer noch daran interessiert ist, mit diesem Projekt in dieser reduzierten Form weiterzumachen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank! Die Verlängerung auf die Talferwiesen ist sozusagen gefallen. Das war ja dann doch das Kernstück auch der Machbarkeitsstudie. Sie sagen, dass die blockierte Ausschreibung keine Regressforderungen nach sich zieht, weil die Ausschreibung rechtzeitig blockiert wurde. Wird diese Ausschreibung dann doch irgendwann gemacht, wenn eine neue Machbarkeitsstudie vorliegt oder?



**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Auf dieser Trasse! Trotzdem bleibt unterm Strich, dass man hier ... Das wundert mich eigentlich. Ich verstehe schon, es gibt manchmal Pläne und da müssen Machbarkeitsstudien gemacht werden. Es muss ja nicht immer so umgesetzt werden. Das ist mir schon klar. Wenn man ein Vorhaben hat und einmal schaut, ob das geht, dann ist es auch durchaus gerechtfertigt, aber hier fehlte schlichtweg der politische Konsens. Ich verstehe es nicht ganz. Hier hat man offensichtlich gar nicht einmal in Bozen herausfinden lassen, ob in der Gemeinde irgendeine Zustimmung herrscht. Es gab ja nicht nur aufgrund der Neuwahlen eine andere Situation, sondern in Bozen haben sich interessanterweise mehr oder weniger alle Parteien dagegen ausgesprochen. Es war nicht eine einzige Partei dafür, nicht einmal die Volkspartei in Bozen, soweit ich das verstanden habe. Mich wundert es irgendwo, warum diese Machbarkeitsstudie gemacht wurde, warum doch ein beachtlicher Aufwand betrieben worden ist. Wir haben, das dürfen wir nicht vergessen, im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt ... Da wird immer dieses Wirtschafts- und Finanzdokument mittlerweile mit beschlossen, das die Haushaltsrichtlinien des Staates und der EU vorschreibt. In diesem Wirtschafts- und Finanzdokument wird diese Bahn insgesamt, also nicht nur die Erneuerung, bis hin auf die Talferwiesen als sehr wichtiges Projekt angemerkt. Das Dokument stammt nicht von Ihnen, sondern vom Landeshauptmann. Liest man nicht durch, was man im Landtag vorlegt? Wie gesagt, hier fehlte schlicht von vornherein der politische Konsens, nur das noch anzumerken. Alles Übrige halte ich für positiv, wenn Sie sagen, dass das Projekt weiter betrieben wird. Es braucht ja diese weitere Vorgangsweise in Sachen Seilbahn Jenesien.

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Nur ganz kurz. Den politischen Konsens hat es schon gegeben. Wir haben Treffen gehabt und einmal habe ich bereits die ganze Liste gebracht, wobei der Bürgermeister und Vizebürgermeister genau gewusst haben, was man will. Die Gemeinde Bozen und die Gemeinde Jenesien waren auch dabei. Dort haben wir eine transparente und auch intime Entscheidung getroffen, hier weiterzumachen, und das betrachte ich schon als politischen Konsens.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 41/10/16 del 29/9/2016, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante: Asse rapporto con i cittadini. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** L'ASSE dispone l'erogazione delle invalidità ai cittadini. Emergono sempre più casi contrastanti nel rapporto tra i destinatari di tali indennità e la pubblica amministrazione provinciale.

Si chiede cortesemente alla Giunta provinciale:

se intenda rivedere l'organizzazione dell'intero comparto che cura i rapporti con i cittadini, rendendolo più vicino alle reali esigenze delle persone affette da invalidità, oggi in difficoltà con il muro delle disposizioni e del linguaggio burocratico.

Faccio un esempio pratico. Uno di questi pazienti è venuto da noi in ufficio, e ha raccontato che mentre era ricoverato la raccomandata è arrivata a casa, lui è stato in ospedale 2 mesi, e l'assegno gli è stato revocato, perché non avendo ritirato la raccomandata non ha potuto giustificare la sua assenza dicendo di essere ricoverato. Chiaramente gli uffici hanno detto che rimettono in moto la macchina e l'assegno gli verrà ridato, ma intanto lui rimane scoperto per tre mesi. Una persona che vive dell'assegno di invalidità e finisce all'ospedale non può difendersi. Non tutti hanno parenti o badanti per riuscire a organizzare la loro vita burocratica. Oltretutto l'assegno di invalidità arriva dallo Stato italiano, e non ha senso sospendere la sua erogazione solo perché è ricoverata, e poi per riaverlo deve aspettare 3, 4 mesi.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Kollegin Artioli! Das Beispiel, das Sie jetzt genannt haben, kann durchaus vorkommen. Das will ich nicht leugnen, aber es ist sicherlich auch so, dass das auch nachgewiesen werden kann und eine solche Maßnahme zurückgenommen wird. Es ist immer sehr schwierig, auf jede dieser Situationen so einzugehen, dass es zu keinen problematischen Situationen kommt, aber das ist auf jeden Fall auch abänderbar.

Insgesamt zu Ihrer Anfrage Folgendes. Von Seiten der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung wird mir mitgeteilt, dass sie eigentlich, was die Agentur und ihre Arbeit anbelangt, zumindest in der mündlichen Kommunikation im Umgang mit Bürgern bzw. Zivilinvaliden keine Beschwerden hat. Das, was Sie allerdings auch

sagen, ist die Frage der Anpassung beispielsweise der Mitteilungen, weil teilweise die Mitteilungen, so wie sie gemacht werden – das sehen auch Sie so -, durchaus verbesserungswürdig sind. Daran wird auch gearbeitet.

Was die Struktur der Datenbank anbelangt, wäre auch eine flexible Anpassung notwendig. Das ist allerdings nicht so einfach. Man hat jetzt eine Lösung in Auftrag gegeben, aber es ist auch relativ schleppend in der Umsetzung, weil nicht alles so schnell geht, wie man es manchmal gerne haben möchte und wie es auch wir manchmal gerne haben würden.

Was die Vereinfachung und Transparenz insgesamt anbelangt, stößt man immer wieder auf Grenzen, weil natürlich sehr vieles zu berücksichtigen ist, auf der anderen Seite im Zusammenhang mit Privacy Bestimmungen, die dann auch solche Vereinfachungen, wo wir meinten, dass sie vernünftig wären, wieder nicht zulassen. Da ist man sich immer wieder mit den einen oder anderen Bestimmungen selbst im Wege. Wichtig ist, dass wir uns regelmäßig mit AMNIC, dem Interessensverband der Zivilinvaliden austauschen und dass wir versuchen, mit ihnen abzustimmen, was wir verbessern können und versuchen, ihre Verbesserungsvorschläge auch entsprechend aufzunehmen. In diesem Sinne durchaus ein Verständnis für das eine und andere Problem, das auftauchen kann, weil wir es selber auch so sehen und bemüht sind, das soweit als möglich abzustecken. In dem Sinne nehme ich Ihre Anfrage als Bestätigung dessen, wo wir eigentlich auch hin möchten.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Ringrazio l'assessora. Sono soddisfatta per la risposta.

**PRESIDENTE:** L'esame dell'interrogazione n. 51/10/16 è temporaneamente sospeso in attesa dell'arrivo del componente della Giunta interrogato, presidente della Provincia Kompatscher.

Passiamo all'**interrogazione n. 2/10/16** del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante gli interventi minori. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Im Jahr 2014 hatte unsere Fraktion in einer Landtagsanfrage Informationen zu den so genannten Bagatelleingriffen eingeholt. In der Antwort auf diese Anfrage (377/2014) wurde uns mitgeteilt, dass es keine landesweite Erfassung zu den Bagatelleingriffen gibt, da diese in die Zuständigkeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fällt. Aus natur- und landschaftsschützerischer Sicht ist diese Unkenntnis problematisch, da die Summe von vielen „kleinen“ Eingriffen eine insgesamt große Veränderung des Natur- und Landschaftsbildes ergeben kann, ohne dass dies erhoben bzw. kontrolliert wird. Von mehreren Seiten wird uns immer wieder berichtet, dass wichtige Lebensräume gerade durch Bagatelleingriffe definitiv zerstört werden.

Wir stellen in diesem Zusammenhang daher folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Wir bitten den Umweltlandesrat um seine Einschätzung in dieser Sache.
2. Warum hat auch die neue Landesregierung im Jahre 2014 den Kurs der Durnwalder-Zeit durch Einfügung von neuen Lockerungen nicht nur fortgeführt, sondern sogar erweitert?
3. Warum ist es der Landesregierung kein Anliegen, über die durchgeführten Eingriffe Buch zu führen?
4. In der Anfrage spricht der Landesrat von einer notwendigen verstärkten Sensibilisierung der Entscheidungsträger: Wie ist diese in den Jahren 2014/2015/2016 erfolgt?
5. Wir bitten um die Auflistung jener Bagatelleingriffe der Jahre 2010-2015, die aus den Gründen gemäß Dekret des LH zur Regelung der Bagatelleingriffe an die Forstinspektorate bzw. an die Landesabteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung zu übermitteln waren.
6. Werden die Dekrete zu den Bagatelleingriffen durch das zukünftige Raumordnungsgesetz obsolet oder will man die Materie im künftigen Gesetz beibehalten?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Geschätzte Frau Foppa, Sie haben eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, wo es schwierig wird, diese in dreieinhalb Minuten zu beantworten.

Zu Frage Nr. 1. Mir ist die Problematik im Zusammenhang mit den erfolgten Delegierungen von Ermächtigungen für Bagatelleingriffe an die Bürgermeister bekannt. Auf der anderen Seite muss man auch sagen, dass es ein lang gehegter Wunsch von Verbänden, Organisationen, Technikern und auch Gemeinden selbst war, dass sie gesagt haben, dass sie bestimmte Verfahren beschleunigen möchten. Außerdem müssen wir auch berücksichtigen, dass auch staatliche Vorgaben zu beachten und auch zu übernehmen sind. Es hängt natürlich immer von der Sensibilität der jeweiligen Verwalter ab, ob Eingriffe, die dem vereinfachten Genehmigungsverfahren unterliegen, großzügig ermächtigt oder vielmehr kritisch beleuchtet und dort, wo angezeigt, abgelehnt oder mit Auflagen genehmigt werden, wobei gesagt werden muss, dass die Bürgermeister immer an die geltenden Gesetze und

Schutzbestimmungen gebunden sind. Die Landesverwaltung steht für Beratung und Hilfestellung selbstverständlich auch zur Verfügung. Außerdem wurden einige Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, wie Sie es auch in der Frage Nr. 4 in Erwägung ziehen und genauer fragen, was gemacht worden ist, und weitere vor allem auch hinsichtlich des neuen Landesgesetzes über Raum und Landschaft sind auch geplant. Das ist ein wichtiges Thema.

Zu Frage Nr. 2. Die Verwaltungsvereinfachung ist sowohl der früheren als auch der jetzigen Landesregierung ein Anliegen. Der Beschluss, den Sie hier angeführt haben, stammt vom 27. Dezember 2013, also war es die Landesregierung unter Luis Durnwalder, die das vorangetrieben hat. In der operativen Umsetzung haben wir versucht, mit den zuständigen Ämtern systematische Bewertungsgrundlagen vorzubereiten und zu veröffentlichen, um qualifizierte und einfache Bewertungen und gegebenenfalls Ermächtigungen der Vorhaben sicherzustellen.

Zu Frage Nr. 3. Natürlich ist es der Landesregierung ein Anliegen. Was den Großteil der Landschaftsschutzermächtigungen auf Gemeindeebene, die erteilt werden, anbelangt, ist einzig und allein der Bürgermeister zuständig. Eingriffe laut Artikel 8 des geltenden Landschaftsschutzgesetzes durch den Bürgermeister nach Anhören der Gemeindebaukommission. Die Zuständigkeiten für die Landschaftsschutzermächtigung auf Landesebene sind taxativ aufgezählt, aber diese kennen Sie ja auch.

Zu Frage Nr. 4. Das Amt für Landschaftsschutz hat in den Jahren 2014 bis 2016 die Kriterien für die Bewertung von Eingriffen in die Landschaft erarbeitet, die sie auf der Homepage der Landesabteilung Natur, Landschaft und Raumentwicklung veröffentlichen. In den Jahren 2015 bis 2016 wurden drei Veranstaltungen hierzu für Gemeinden, Landessachverständige und Projektanten angeboten.

Zu Frage Nr. 5. Die Daten wurden bei der Abteilung Forstwirtschaft angefordert. Nachdem sie bei vierzig Forststationen aufliegen, kann die Übermittlung der genauen Zahlen erst später nachgereicht werden, und zwar sobald sie uns vorliegen.

Zu Frage Nr. 6. Sie kennen den Vorschlag, der vorliegt. Die Diskussion hierzu ist offen. Wir können – das müssen wir ganz offen sagen – nicht alles zentral regeln und nicht alles minutiös festhalten. Es braucht genauer auch diese Kompetenzübertragung, auf der anderen Seite wollen wir aber auch sicherstellen, dass es hier nicht zu einem Missbrauch kommt. Deswegen unterliegt das auch einer Neuprüfung.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Herr Landesrat, Sie werden sich vorstellen können, dass wir mit diesen Problemen natürlich oft konfrontiert sind. Das sind Leute, die sich sehr für die Umwelt einsetzen und die immer wieder feststellen, dass gerade durch diese Eingriffe Kleinstbiotope, bisher unberührte Flussläufe, verschiedene Feuchtgebiete usw. für immer verloren gehen. Wenn Sie uns jetzt sagen, dass hierfür die Bürgermeister zuständig sind, dann kann das schon stimmen. Unsere Frage ist folgende: Wie kann man sich als Landesregierung nicht eine Übersicht über diese Eingriffe verschaffen wollen? Die dahinter stehende Frage hinter dieser Anfrage war, ob die Landesregierung wissen will, was an diesen Eingriffen vorgenommen wird oder nicht. Da ist es unserer Meinung nach wesentlich, ob sie sich eine Art Kataster dieser Bagatteleingriffe einrichtet, damit nicht Stück für Stück gerade diese kleinen Gebiete, die gerade für die Lebewesen vor Ort so wichtig sind, verloren gehen. Dafür werden die Bürgermeister zuständig sein, aber Ihnen muss es doch ein großes Anliegen sein, nämlich das zu wissen, was hier passiert. Unseres Erachtens dürfen Sie sich nicht auf die Bürgermeister hinausreden. Diese Bagatteleingriffe sind eben keine Bagatellen, auch wenn sie so genannt werden.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 8/10/16 del 20/9/2016, presentata dal consigliere Blaas, riguardante le colonnine speed: norme e acquisto. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Etliche Südtiroler Gemeinden setzen Speed-Check-Boxen ein.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Welche Normen muss eine Speed-Check-Boxen erfüllen und welche technische Abnahme muss durchgeführt werden, damit diese Messungen im Straßenverkehr durchführen kann?
2. Wurde der Ankauf durch die Gemeinden ausgeschrieben? Wenn Nein, aus welchen Gründen nicht? Wenn Ja, welche Anbieter haben sich beteiligt?
3. Stammen alle Speed-Check-Boxen, die in den Südtiroler Gemeinden eingesetzt werden, vom selben Hersteller? Wenn Nein, welche Unterschiede herrschen zwischen den Herstellern insbesondere bei der Messgenauigkeit?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Speed-Check-Boxen müssen keinen eigenen technischen Normen entsprechen, da sie vom Ministerium für Infrastrukturen und Transportwesen nicht als Straßenbeschilderung bzw. Anlagen anerkannt werden. Ich möchte sagen, dass wir das fast immer zulassen, wenn dies im Zentrum eines Dorfes ist bzw. wo man jetzt 50 Kilometer pro Stunde fahren kann und muss. Dort hat man die Möglichkeit, dies zu installieren und wir geben hier die Genehmigung. Aber wie die Geräte sein müssen, ist eigentlich eine Angelegenheit der Gemeinde, weil es die Gemeinden sind, die den Ankauf der Speed-Check-Boxen auf Gemeindeebene tätigen. Somit hat die Landesverwaltung bzw. unser Straßendienst keine Informationen betreffend die Ausschreibungen, die von den Gemeinden gemacht werden.

Wir haben ersucht, eine Antwort von einer Gemeinde zu bekommen. Sobald wir diese bekommen, werden wir sie Ihnen weiterleiten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Landesrat Schuler, der im Moment nicht hier ist, alle Gemeinden angeschrieben hat, um über diese Situation Informationen einzuholen, aber bis jetzt haben darauf ungefähr 20 Gemeinden geantwortet. Sobald wir die Informationen von allen Gemeinden haben, werden wir sie Ihnen zukommen lassen.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! Ein bisschen dürrtig das Ganze, was Sie hier als Antwort anbieten. Es stimmt, die Gemeinden mauern, die Gemeinden reagieren sehr empfindlich. Manche haben mich direkt angeschrieben, obwohl ich die Anfrage nicht an die einzelnen Gemeinden und deren Verbände oder an das Polizeikommando gestellt habe. Wie gesagt, es ist eine sehr empfindliche Materie. Ich glaube, dass hier teilweise auch das schlechte Gewissen arbeitet. In einem Rundschreiben des Gemeindenverbandes ist klipp und klapp festzustellen, dass nicht alle Gemeinden die nötige Sorgfalt bei der Pflicht und Überprüfung dieser Anlagen walten lassen. Einige Anlagen stehen auch in einer sehr zweifelhaften Position. Der Gemeindenverband stellt selber fest, dass außerorts eine Positionierung eines solchen Gerätes drei Meter vom Straßenrand entfernt aufgestellt werden müsste. Damit wäre die Anlage zwecklos, weil sie dort nicht genau messen kann, eben weil eine Speed-Box nicht zur Beschilderung gehört und alles, was nicht zu einer Straßenbeschilderung oder zum Absichern einer Straße gehört, müsste drei Meter vom Straßenrand entfernt aufgestellt werden und nicht näher. Aus diesem Grund reagieren einige Gemeinden sehr empfindlich. Wenn diese Anlagen verboten würden oder deren Nutzung eingeschränkt würde, dann würde in vielen Gemeindegeldern schon programmiertes Geld fehlen.

Eines muss man allerdings auch festhalten. Dort, wo sie ordentlich eingesetzt werden, haben sie in einem kurzen Straßenabschnitt zumindest zur Reduzierung des Tempos geführt. Kaum ist man bei dieser Anlage vorbeigefahren, dann wird auch schon wieder aufs Gaspedal gedrückt, und zwar all jene, die gerne schnell fahren und sich im Straßenverkehr unverantwortlich benehmen. Deshalb ist eine Speed-Box nicht unbedingt die Lösung. Mancherorts ist das sicher das einzige Mittel, aber hier sollten doch auch zum Schutze der Bürger vor einer ungenauen Messanlage vor eventuellen Rekursen dann auch diese Anlagen ordentlich gepflegt und dem Schreiben des Gemeindenverbandes Rechnung getragen werden.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 12/10/16 del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante il Rifugio Vetta d'Italia: perché l'assessore Tommasini si oppone a un sopralluogo?

La parola al consigliere Knoll, prego.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zunächst zum Fortgang der Arbeiten. Uns haben jetzt mehrere Leute geschrieben, dass heute anscheinend die Internetübertragung nicht funktioniert, die gerne die Landtagssitzung verfolgen würden. Wenn man das bitte klären kann, weil wir oft auch den Schulklassen sagen, dass sie das nutzen sollen. Das ist dann dumm, wenn die Übertragung nicht funktioniert. Ich habe es jetzt selber probiert. Es scheint nur das Landtagslogo auf.

**PRESIDENTE:** Sembra un problema legato alla trasmissione internet in generale.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nachdem es das Internet noch nicht so lange gibt, kann man nicht verlangen, dass es funktioniert.

**PRESIDENTE:** Prego il consigliere Knoll di dare lettura dell'interrogazione.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Die Neu-Gersdorfer Hütte befindet sich laut Grundbucheintrag im Besitz des Landes. Nachdem den Abgeordneten Informationen über Schäden an der Hütte zugetragen wurden (angeblich soll die Holzvertäfelung der Stube herausgerissen und verheizt worden sein) und es zu klären gilt, wie die Hütte wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, haben die Fraktionssprecher offiziell um eine Besichtigung der Hütte im September ersucht. Dies wurde von Landesrat Tommasini jedoch verweigert.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

1. Warum verweigert Landesrat Tommasini den Landtagsabgeordneten eine Besichtigung der Neu-Gersdorfer Hütte?
2. Wird die Landesregierung eine Zwangsräumung der Hütte veranlassen? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
3. Welcher Schaden ist dem Land durch nicht bezahlte Pacht entstanden? (Berechnung seit Übergang der Hütte an das Land anhand der Pachteinahmen anderer vergleichbarer Hütten)

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Es wurde vorerst einer Besichtigung nicht zugestimmt, da vorher das Ergebnis der Verhandlungen mit den staatlichen Funktionären abgewartet werden sollte. Die Landesregierung hat den Landeshauptmann beauftragt, mit den verantwortlichen Spitzenfunktionären des Staates die Angelegenheit in beidseitigem Interesse zu klären. Nachdem die zukünftige Zweckbestimmung und Nutzung dieser Liegenschaft nicht endgültig festgelegt wurde, kann auch nicht von einer entgangenen Pacht oder von einem Schaden gesprochen werden.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wie üblich, wenn wir Ihnen eine Anfrage stellen, antworten Sie auf alles, nur nicht auf die Frage. Ich habe es schon einmal gesagt. Sie können uns auch einen Wetterbericht schicken, nur hätten wir gerne eine Antwort auf unsere Frage. Das wäre auch meine Zusatzfrage. Was ist denn bitte nicht geklärt, was mit den Vertretern des Staates noch verhandelt werden muss? Die Auskunft stammt nicht von mir, sondern von Ihrem Vorgänger. Ich habe das sogar ausgehändigt bekommen, nämlich einen Grundbuchsatzzug, dass das Land Südtirol im Besitz der Hütte und sogar im Grundbuch vermerkt ist. Was gibt es da noch bitte zu verhandeln? Wo kämen wir denn hin, wenn jeder einfach in den Besitz des Landes hineingehen und das Büro des Landes einfach als Wohnung benützen und sagen würde, dass man halt mit irgendjemandem verhandeln solle? Ihr seid seit über 15 Jahren im Besitz dieser Hütte. Ich möchte wissen, warum nicht diese Zwangsräumung der Hütte vollzogen wird. Dem Land wird dadurch ein Schaden entstehen. Ich bitte um Antwort.

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Ribadisco volentieri quello che ho detto, forse prima non mi sono espresso bene, non era la mia madrelingua. Credo opportuno, la Giunta provinciale ha incaricato il presidente di prendere contatto con i funzionari statali per chiarire questa cosa. Aspettiamo che venga fatta e che il presidente faccia questo incontro.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 18/10/16 del 20/9/2016, presentata dal consigliere Pöder, riguardante la direttrice di dipartimento dell'assessore Achammer.

La parola al consigliere Pöder, prego.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Zum Fortgang der Arbeiten. Wir sind nämlich auf der Suche nach dem Vizepräsidenten des Landtages, nachdem anschließend ein Gesetzentwurf behandelt wird, bei dem er als Erstunterzeichner aufscheint. Da macht man sich etwas Sorgen, wo der Vizepräsident des Landtages bei dem wichtigen Gesetzentwurf zu den Gehältern der Landesregierung ist, aber das ist ein anderes Thema.

**PRESIDENTE:** Prego il consigliere Pöder di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Dem Vernehmen nach will die bisherige Ressortdirektorin des Landesrates Philipp Achammer einen Anspruch auf Schadenersatz gegenüber dem Land anmelden, weil ihre Beauftragung vorzeitig vom Landesrat beendet wurde.

1. Hat der Landesrat der mittlerweile aus ihrem Dienst entlassenen Ressortdirektorin eine Beauftragung bis zum Ende der Legislaturperiode zugesichert?
2. Welche stichhaltigen Gründe gibt es für die Entlassung der Ressortdirektorin aus ihrem Amt?

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Sehr geehrter Herr Kollege Pöder, meine Antwort wird, so werden Sie es sich auch erwarten, relativ kurz ausfallen.

Zu Frage Nr. 1. Es hat keine Zusicherung gegeben.

Zu Frage Nr. 2. Es wurde bereits mehrmals öffentlich ausgeführt, dass das für die Ressortdirektion wesentliche Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben ist.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Landesrat! So kurz das Arbeits- und Vertrauensverhältnis war, so kurz fällt auch Ihre Antwort aus. Das ist direkt proportional nicht einmal indirekt proportional. Ich meine, haben Sie sich das vorher mit der Ressortdirektorin nicht gut überlegt? Das war damals sozusagen die "dea ex machina", nicht der "deus ex machina". In diesem Fall ist es eine Frau, eine "dea ex machina", die Sie damals in Ihr Ressort geholt haben, und zwar weg von der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Natürlich kann man sich immer täuschen, das ist schon klar. Es gibt ja ein Zerwürfnis. Dass das so schnell geht, ... Wir lesen heute die Rechnung, die in der Tageszeitung steht, also da wird eine ordentliche Rechnung präsentiert. Wir wissen alle, dass die Ressortdirektoren aufgrund eines Vertrauensverhältnisses ernannt werden und auch abberufen werden können. Mich würde dann wundern, wie man eine 500.000-Euro-Schadensersatzklage gegenüber dem Land rechtfertigt. Das ist mir nicht ganz klar. Es muss jedem klar sein, wenn das Vertrauensverhältnis nicht mehr existiert, aber das werden wir mit Spannung verfolgen. Jedenfalls ist der Verschleiß an Ressortdirektoren in der Landesregierung doch recht beachtlich. Ich denke, ein beachtlicher Verschleiß zumindest. Wahrscheinlich müssen diese so viel arbeiten, nein! Es ist in diesem Zusammenhang nicht so ganz einfach nachvollziehbar, dass innerhalb dieser kurzen Zeit ein Zerwürfnis stattfindet und danach sogar eine solche beachtliche Schadensersatzforderung erhoben wird. Sie werden sagen, dass Sie dafür nichts können, dass das Vertrauensverhältnis nicht mehr da ist. Sie haben es hier auch öffentlich erklärt. Wir werden dies noch mit Spannung verfolgen.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 51/10/16 del 29/9/2016, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante il disegno di legge n. 96/16 - la nuova Agenzia di stampa e informazione. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** L'art. 6 della legge omnibus 96/2016 va ad istituire una nuova "Agenzia di stampa e informazione", un nuovo organismo che va ad affiancare l'Ufficio stampa provinciale e che il compito di garantire "un'efficace, tempestiva e professionale informazione ai cittadini in ordine all'attività della Giunta provinciale e dell'amministrazione provinciale".

Ciò premesso,  
si chiede:

1. quali nuovi oneri per le casse pubbliche comporterà il nuovo articolo di legge sopracitato nel caso venisse approvato dal Consiglio provinciale?
2. Non si andrà a creare una sovrapposizione di competenze con l'Ufficio stampa provinciale e con i membri degli staff dei singoli assessori?

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es gibt keine zusätzlichen Ausgaben. Das wird jetzt auch noch einmal deutlich. Es ist bereits der Ergänzungs- oder Abänderungsantrag hinterlegt worden, aus dem dies klar hervorgehen wird. Das war von Anfang an so geplant, aber das ist im Gesetz nicht klar zum Ausdruck gekommen. Deshalb ist die Frage durchaus berechtigt. Es wird auch keine Doppel- oder Zweigleisigkeiten geben, denn diese Agentur ersetzt das Presseamt.

Ich nutze aber die Gelegenheit, noch einmal zu erklären, warum das notwendig ist. Es ist der Eindruck entstanden, als sei es eine politische Entscheidung dahingehend, dass man mehr Einfluss oder sonst was will. Wir haben eine rechtliche Situation, die zu klären ist. Wir hatten bisher alle Mitarbeiter mit befristeten Einjahresverträgen, weil sie in dieser besonderen Journalistensituation angestellt waren, und zwar in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren teilweise unterschiedlich, denn manche sind später gekommen. Es gibt auch schon Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zwölf, dreizehn und vierzehn Jahre diesen Vertrag immer mit der Verlängerung um ein Jahr hatten. Sie wissen, dass es inzwischen auf staatlicher Ebene gesetzliche Klärung gegeben hat, was die befristeten

Verträge anbelangt. 36 Monate die Höchstgrenze dafür, es sei denn es gibt einen besonderen Grund, Regeln zu machen. Deshalb hat man es nach dem Muster, wie es die anderen Regionen machen, gelöst, denn diese Mitarbeiter wollen nicht aus dem Journalistenvertrag heraus, das ist ihr Interesse, dass sie weiterhin den Journalistenvertrag bekommen, andererseits kann man nicht einen unbefristeten Journalistenvertrag machen. Das ginge auf der anderen Seite auch nicht. Die Quadratur des Kreises schafft man nach dem Vorbild vieler anderer Regionen, die das schon gemacht haben, indem man eine Agentur macht und einen Mittelweg findet und sagt, dass diese dann für die Dauer der Legislatur jeweils mit Journalistenvertrag beschäftigt sind. Übrigens alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben diesem Weg zugestimmt. Das ist auch mit den Gewerkschaften so besprochen worden, denn wir hätten als Landesverwaltung das Problem gehabt, dass, wenn wir jetzt gekündigt hätten, einige dann zurecht zum Arbeitsgericht hätten schreiten und sagen können: Ein Jahresvertrag, der über viele Jahre, zum Teil um mehr als ein Jahrzehnt verlängert wird, hat sich längst de facto oder de jure in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis umgewandelt. Auch das kann nicht sein. Deshalb ist das ein mit der betreffenden Gewerkschaft und mit den Mitarbeitern ausverhandelter Kompromiss und das ist der Grund für die Reorganisation. Ich bitte hier nicht zu viel hineinzuzinterpretieren, das ist sauber aufzustellen und auf die Rechtmäßigkeit zu stellen, und zwar im Interesse der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke für die Erklärung. Das war auch zum besseren Verständnis, weil es aus dem Gesetz, so wie wir es mitbekommen haben, nicht ganz klar hervorgegangen ist. So wie Sie es erklären, ist es auch effektiv nachvollziehbar und man versteht auch den Gedanken, der dahinter steht. Heuer wurde auf einem Internetportal ein Name veröffentlicht, wer hier der neue Leiter sein sollte. Vielleicht können Sie dazu kurz Stellung nehmen, ob das eine Ente ist. Es wäre zumindest wenig elegant, wenn man schon den Direktor aussucht, bevor überhaupt das Gesetz durch den Landtag gegangen ist.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** In der Tat handelt es sich um eine Ente. Ich, auch die Landesregierung oder das Organisationsamt werden nicht Mitarbeiter aussuchen bevor diese Agentur überhaupt besteht. Es wird zuerst das Gesetz gemacht. Es hat auch zwischen mir und der betreffenden Person kein Treffen, keine Aussprache, auch nicht ein Telefongespräch dazu gegeben. Dass wir uns inzwischen Gedanken machen, wie wir dann die Auswahl für die Direktion dieser Agentur gestalten werden, das stimmt, aber das und nicht mehr. Machen werden wir es dann, sobald es die Agentur überhaupt gibt.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 30/10/16 del 26/9/2016, presentata dai consiglieri Amhof e Wurzer, riguardante i punti di consulenza Alperia. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**AMHOF (SVP):** Am 13. Mai dieses Jahres hat der Südtiroler Landtag dem Beschlussantrag der Abgeordneten Albert Wurzer, Dieter Steger, Maria Hochgruber Kuenzer und Christian Tschurtschenthaler zugestimmt, welcher die Aufrechterhaltung der Alperia-Beratungsstellen zum Inhalt hatte. Die Landesregierung als Alperia-Hauptfunktionärin wurde einstimmig dazu aufgefordert, schnell zu reagieren und alles zu unternehmen, um im Raum Pustertal den Beratungsdienst weiterhin gewährleisten zu können.

Nunmehr sind fünf Monate vergangen und die Alperia-Kundendienststellen in Klausen und St. Lorenzen sind mittlerweile geschlossen worden. Alperia verfügt aktuell über zwei Beratungsbüros in Bozen, zwei in Meran, jeweils eines in Auer und St. Ulrich. Im gesamten Osten des Landes – Eisacktal, Pustertal und Wipptal – gibt es keine Anlaufstelle mehr.

Deshalb unsere Fragen:

1. Was wurde in den vergangenen Monaten konkret unternommen, um den Alperia-Beratungsservice aufrechtzuerhalten?
2. Was gedenkt man künftig zu tun, um diesem "weißen Fleck" auf der Südtiroler Landkarte entgegenzuwirken, nachdem die Beratungsstellen in Klausen und St. Lorenzen geschlossen wurden?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits im Mai dieses Jahres - wie in der Anfrage ausgeführt - einen Beschlussantrag genehmigt. Ich habe daraufhin unmittelbar die Generaldirektion von Alperia über diesen genehmigten Beschlussentwurf informiert und ersucht, diese Vorgabe bei der geplanten Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes zur südtirolweiten Kundenbetreuung zu berücksichtigen. Mittlerweile ist es so, dass am 1. Juli 2016 die Verkaufsgesellschaft Alperia Energy gegründet

wurde. Die Alperia Energy arbeitet jetzt ein Konzept aus, wie sie dieses Netz südtirolweit gestalten kann. Es ist jetzt nicht damit zu rechnen, dass wir schon in den kommenden Wochen ein Ergebnis vorliegen haben werden. Jedenfalls die Auflage vom Landtag ist klar: Es soll ein südtirolweites Netz sein. Alperia Energy ist angehalten, dieses Kundenberatungskonzept im kommenden Jahr 2017 umzusetzen, uns aber auch zu informieren, in welchen Ortschaften in Südtirol das jeweils angeboten wird, damit dieser Dienst flächendeckend gewährleistet werden kann. Wir haben noch nicht das Konzept vorliegen, weil zurzeit sämtliche Energie dafür verwendet wird, die einzelnen Tochtergesellschaften zusammenzuführen. Für die Öffentlichkeit war es natürlich wichtig, die Fusion oben zu sehen, nämlich, dass wir die Holding geschaffen haben. Jetzt geht es darum, dass wir unten die ganzen Tochtergesellschaften zusammenführen. Aber - wie gesagt - am 1. Juli dieses Jahres ist die Verkaufsgesellschaft Alperia Energy gegründet worden und diese hat jetzt ganz konkret die Aufgabe, dieses Konzept auszuarbeiten. Ich werde Sie - sobald die Informationen vorliegen - davon in Kenntnis setzen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident! Ich nütze die Gelegenheit, weil hier auf einen genehmigten Beschlussantrag Bezug genommen wird. Wir haben ja in den Medien lesen können, wie viele Beschlussanträge der Landtag angenommen hat. Ich möchte Sie ersuchen, uns eine Liste auszuhändigen, welche umgesetzt worden sind.

**PRESIDENTE:** Questo magari è oggetto di una prossima interrogazione. Grazie, consigliere! Ha chiesto di intervenire la collega Amhof, ne ha facoltà.

**AMHOF (SVP):** Danke, Herr Landesrat für die Antwort! Es freut uns, wenn Sie uns dementsprechend auf dem Laufenden halten. Es ist so, dass wir immer wieder und immer noch von Kundinnen und Kunden der Alperia darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Anlaufstelle für sie im Pustertal und vor allem auch im Eisacktal fehlt, dass sie sich in vielen Dingen, auch was Rechnungen anbelangt, einfach nicht zurecht finden. Deshalb suchen sie eine Anlaufstelle und erwarten sich, dass hier auch für sie ein Schalteredienst möglich ist, den sie nutzen können. Wenn wir ihnen dann als Antwort geben, dass es so etwas im Gadertal, in Gröden, in St. Ulrich oder in Bozen gibt, dann ist das für jemanden, der in Innichen oder in Prettau Alperia-Kunde werden möchte, keine zufriedenstellende Antwort. Deshalb bitte ich Sie, uns hier einfach auf dem Laufenden zu halten, um diesen Bürgerinnen und Bürgern entsprechend Antworten geben zu können, die sie auch zufriedenstellen. Danke schön!

**PRESIDENTE:** L'esame dell'interrogazione n. 42/10/16 è sospeso su richiesta della consigliera Artioli.

Passiamo all'**interrogazione n. 52/10/16** del 29/9/2016, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante gli incentivi alla RoLa. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Già negli anni Ottanta nasceva l'autostrada viaggiante (RoLa) lungo l'asse del Brennero, un progetto assolutamente condivisibile per decongestionare l'A22, riducendo le emissioni di inquinanti e di anidride carbonica prodotti dai moltissimi mezzi pesanti che vi transitano. La RoLa ha però incontrato difficoltà ad affermarsi, anche per i convenienti pedaggi applicati ai camion sull'autostrada sui quali si dovrebbe finalmente intervenire, e per questo andrebbe doverosamente incentivata per garantire tariffe appetibili ai potenziali clienti del servizio. E' notizia recentissima l'intenzione in questo senso della Giunta provinciale (con 9 milioni di euro spalmati in tre anni), annunciata con relativo comunicato stampa.

Ciò premesso,  
si chiede:

1. tra le delibere approvate dalla Giunta il 20 settembre non compare alcuna decisione ufficiale di finanziamento della RoLa. L'assessore conferma? E se conferma, la decisione è da intendere come una mera dichiarazione di intenti?

2. Con quale tempistica si intende implementare la decisione? E con quali modalità di massima?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Anfrage geht es sicherlich nicht um eine "dichiarazione di intenti", sondern um ein Projekt, das wirklich in jeder Hinsicht positiv ist. Sie geben das selber zu und haben ein paar interessante positive Ansätze diesbezüglich genannt. Wir wollen das machen. Wir haben jetzt aber ein Problem, in dem Sinne, dass wir die Gelder, die von der Region kommen, erst in dem Moment buchen können,



wenn sie effektiv eintreffen. Davor konnte man diese Gelder sofort buchen und dann auf Rückstände zurückbekommen. Deshalb müssen wir jetzt abwarten. Landeshauptmann Kompatscher hat mit Landeshauptmann Rossi vereinbart, dass diese Gelder von der Region kommen, und zwar dreimal 3 Millionen Euro pro Provinz in den nächsten drei Jahren. Sobald es möglich ist, diesbezüglich weiterzumachen, werden wir konkret aktiver. Intern arbeiten wir bereits daran, weil wir ganz überzeugt davon sind, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Das muss dann vor allem auch in Zukunft klappen, wenn es so weit ist, dass der Brennerbasistunnel fertiggestellt ist.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Faccio una domanda aggiuntiva. Il Consiglio regionale avevo presentato una mozione per incentivare la ROLA. Vedo che a questo punto la decisione è già presa ed è positivo. Mi interessa sapere più o meno i tempi in cui possiamo aspettarci che arrivi il finanziamento e che ci siano gli incentivi disponibili.

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Wir haben heuer das erste Mal diese Neuerungen, die von Europa bzw. von Rom übernommen worden sind. Ich bin der Meinung, dass wir mindestens solange abwarten müssen, bis die Region die Bilanz gemacht hat. Aber ich hoffe, dass es uns schon davor gelingt, alles vorzubereiten, um die Dinge dann sofort angehen zu können und bereits im Jahre 2017 in der zweiten Hälfte diesbezüglich aktiv zu werden. Aber ich glaube, es wird notwendig sein, dass wir von der Region benachrichtigt werden, dass man diese Gelder in der Bilanz vom Jahr soundsoviel bekommt.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 3/10/16 del 20/9/16, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: cercasi alloggi per profughi: perché non prendere in considerazione i masi del podere provinciale Laimburg? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Immer noch fehlen rund 300 Plätze für Flüchtlinge, die 2016 noch in Südtirol untergebracht werden sollten. Neben mäßiger Bereitschaft von Gemeinden und Privaten wird auch das Fehlen von Landesimmobilien beklagt, dem aber Abhilfe zu schaffen wäre. So verfügt etwa die Gutsverwaltung Laimburg über rund 20 Höfe in stadt- und zentrumnahen Lagen, mit genügend Kulturfläche, um dort jeweils 15-20 Personen zumindest in Containern unterzubringen. Dazu zählen in Meran / Freiberg der Hallhof (5,3 ha), der Moarhof (7 ha), der Sallmannhof (8,7 ha), der Fragsburg-Hof (14,2 ha), das Lachlergut (6 5 ha), der Martebnerhof (Sinich, 14,7 ha), der Ladstätterhof (Sinich, 16 ha), das Putzngütl bei Schloss Tirol (4 ha), der Ölleitenhof in Kaltern (8,2 ha), der Piglon-Hof in Pfatten (5,2 ha), der Binnenland-Hof in Salurn und Salurner-Hof (30 ha), der Mitterweger- und Winklerhof (5,2 ha), Mair am Hof in Dietenheim/Bruneck (20 ha). Auch wenn die Pächter dafür gewonnen und die Betreuung sicher gestellt werden müsste, so handelt es sich doch z. T. um siedlungsnahen Immobilien in Landeshand, zudem mit der Möglichkeit, die Flüchtlinge im landwirtschaftsnahen Bereich nach angemessener Frist zu beschäftigen. Eine Überprüfung des Vorschlags lohnte in jedem Fall.

Wir richten in diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Ist die Alternative einer Flüchtlingsunterbringung auf Laimburg-Höfen überprüft worden?
2. Was spricht gegen die Möglichkeit, zumindest einige Höfe dafür heran zu ziehen?

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hans Heiss, eine grundsätzliche Anmerkung vorweg! Wir haben, was die Beschäftigung von Asylantragstellerinnen und -antragsteller betrifft, darauf geachtet, dass auch die Höfe der Laimburg solche Asylantragstellende in ihr Praktikum mit aufnehmen. Es gibt einige, die auf diesen Höfen arbeiten und dadurch ihre Kompetenzen erweitern können. Dies zum Ersten!

Zum Zweiten ist es so, dass auf diesen Höfen im Moment auch Angestellte bzw. Arbeiter untergebracht und die Höfe deshalb nicht unmittelbar verfügbar sind. Wir überprüfen momentan, inwieweit wir dort tatsächlich Möglichkeiten hätten, diese Immobilien auch außerhalb der Saison zu nutzen. Allerdings wird immer abzuwägen sein, wo es sinnvoll ist und wo wir nicht zu viele Arbeiter untergebracht haben. Wichtig ist, dass es Immobilien sind, die einigermaßen zugänglich sind und sich nicht zu sehr außerhalb von Ortschaften befinden. Wir müssen auch überprüfen, inwieweit die Voraussetzung gegeben ist, dass wir so viele unterbringen können, wie die Mindeststruktureinheit sein soll, damit man vernünftig garantieren kann, dass die staatlichen Vorgaben für die Unterbringung von

Flüchtlingen eingehalten werden. Wir werden das noch einmal genauer überprüfen, sobald die Saison zu Ende ist und dort keine Arbeiter mehr untergebracht sind.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Frau Landesrätin für die Antwort, die zumindest eine solche Option nicht zur Gänze ausschließt. Als langjähriger Rechnungsrevisor der Laimburg habe ich mir so meine Gedanken gemacht und einfach überlegt, dass dieser Vorschlag doch zielführend wäre, da das Land eigene Immobilien besitzt, deren Auslastung nicht übermäßig ist und - wie Sie sagen - außer Saison eigentlich relativ passabel ist. Auch die Zentrumsnähe ist gegeben, denn es befinden sich nicht alle wie Mair am Hof etwas weiter draußen. Die sogenannten "Ex-Combattenti-Höfe" wären durchaus in der Nähe der Stadt Meran. Aus dem Grund wäre es vielleicht zielführend, diese Option ins Auge zu fassen, zumal die Beschäftigungsmöglichkeiten dort besser wären. Wir versuchen nur mitzudenken und wollten diesen Vorschlag in diesem Zusammenhang anbringen.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 9/10/16 del 20/9/2016, presentata dal consigliere Leitner, riguardante l'autobus a Castelrotto: o non arriva o è stracolmo! Turisti e residenti costretti a fare l'autostop. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zum wiederholten Mal fanden heute (16. September 2016) Dutzende von Personen keinen Platz im Bus, der von Kastelruth nach Bozen fährt. Dem Unterfertigten wurden in den letzten Tagen mehrmals solche Vorfälle gemeldet. Anscheinend schert sich das verantwortliche Busunternehmen nicht um die Klagen der Bürger und Gäste. Es muss doch möglich sein, solche Missstände zu beheben und zusätzliche Busse einzusetzen. Gleichzeitig erfährt die Öffentlichkeit, dass anderswo gleich zwei Busunternehmen dieselbe Linie bedienen.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass auf der Linie Kastelruth – Bozen in letzter Zeit mehrmals Dutzende von Personen im Bus keinen Platz fanden und zurückgelassen wurden?
2. Wenn ja, wie oft ist dies vorgekommen?
3. Ist daran gedacht, zusätzliche Busse einzusetzen, um Einheimischen und Gästen einen funktionierenden Dienst anbieten zu können?
4. Stimmt es, dass die Busfahrer immer öfter keine Südtiroler sind?
5. Auf welchen Linien fahren derzeit mehrere Busunternehmen und wie ist dies zu rechtfertigen?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass es möglich sein muss, dies so zu organisieren, dass es in jeder Hinsicht läuft. Ich muss aber auch sagen, dass wir heuer - was die Busse anbelangt - außerordentlich große Zuwächse in den Sommermonaten hatten. Deswegen gab es in manchen Orten und Tälern schwierige Situationen.

Zu Frage Nr. 1 möchte ich sagen, dass wir mehrere Beschwerden bekommen haben, sowohl schriftlich als auch telefonisch.

Zu Frage Nr. 2. Das Amt für Personalverkehr hat die Daten über die zurückgelassenen Fahrgäste für den Zeitraum Juni - September beim zuständigen Konzessionär angefordert. Sobald wir diese bekommen, werden wir sie auch weiterleiten.

Zu Frage Nr. 3. Zusätzliche Busse können laut Dekret Nr. 11090 vom 4.7.2016 anlässlich der Durchführung bei Bedarf, also bei Überfüllung, an Werktagen, außer samstags, eingesetzt werden. In der Periode Juli bis 23. September sind folgende Fahrten vorgesehen: von Kastelruth nach Bozen eine zusätzliche Fahrt zwischen 10.00 und 11.00 Uhr. Der Bus muss innerhalb von 30 Minuten nach Meldung der Überfüllung starten. Das gleiche gilt von Bozen nach Kastelruth: eine zusätzliche Fahrt von 16.00 bis 17.00 Uhr immer dann, wenn es notwendig ist. Der Bus muss wiederum innerhalb von 30 Minuten nach der Meldung der Überfüllung startbereit sein.

Zu Frage Nr. 4. Alle Informationen betreffend die Nationalität der eingesetzten Busfahrer müssen erst bei den Konzessionären eingeholt werden. Das werden wir auch machen. Die Antworten sind immer sehr schwierig zu erhalten, wenn wir im Zusammenhang mit der Doppelsprachigkeitsprüfung intervenieren. Wie gesagt, wir sind interveniert. In diesem Moment ist die SAD dabei, Kurse für die Busfahrer zu organisieren, damit sie die Sprachen Italienisch und Deutsch besser beherrschen. Bis jetzt war es nicht möglich, zu erfahren, welcher Nationalität besagte Busfahrer angehören.

Zu Frage Nr. 5 möchte ich Ihnen eine Liste der ganzen Buslinien aushändigen, wie sie organisiert worden sind. Ich muss leider bestätigen, dass es im Sarntal und im Passeiertal einzelne Linien gibt, die von zwei Busunternehmen gefahren werden. Die SAD fährt immer weiter, da werden wir bald einen Prozess haben. Wir müssen schauen, wie es geht. Ich möchte nur noch den Grund dafür nennen, weshalb das Land die Regelung zum Einsatz von Mietbussen überarbeitet hat. Ein Konzessionär kann nur dann ein Dekret an einen Mietbusunternehmer weitergeben, solange die anderen Konzessionäre keinen vom Land finanzierten Linienbus zur Verfügung bekommen haben. Das ist auch richtig so. Man muss schon zuerst diese Busse gebrauchen, die vom Land komplett oder auch nur teils finanziell unterstützt worden sind. Die SAD hat dem Land drei Tage vor Schulbeginn (5.9.2016) mitgeteilt, dass sie selbst nicht die Ressourcen hat, um diese Busfahrten durchzuführen. Deswegen habe ich am Freitag ein Dekret unterschrieben, wodurch LiBUS bzw. Auto Rainer und Silbernagl zum Einsatz kommen. Das ist auch passiert. Ich bin der Meinung, dass wir das in jeder Hinsicht richtig gemacht haben. Aber logisch hat das wieder Probleme mit sich gebracht, die noch nicht ganz beseitigt wurden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat! Ich beneide Sie nicht in dieser Angelegenheit, denn hier herrscht wirklich ein bisschen Chaos. Es kann nicht sein, dass in einem Tourismusort wie Kastelruth nicht nur die Gäste, sondern auch die Einheimischen Autostopp machen müssen, weil der Bus voll ist. Das macht auch kein gutes Bild für die Gäste - vor allem da man ja den öffentlichen Personennahverkehr in Südtirol als das Nonplus-ultra anbietet -, wenn - wie heute wieder geschehen - Besuche da sind. Da wir sehr viel Geld dafür ausgeben, kann man sich schon erwarten, dass die Dienste funktionieren. In Bezug auf die doppelten Linien möchte ich daran erinnern, Herr Landesrat, dass wir bereits einen Prozess hatten, bei dem die Firma Pizzinini geklagt und auch Recht bekommen hat. Es sind immer die gleichen Akteure. Ich möchte in diesem Zusammenhang anmerken, dass man wirklich einmal die Akteure auf einen Tisch ruft, vielleicht auch mit uns Fraktionssprechern, und eine Aussprache macht, bei der man bestimmte Fragen stellen kann. Wir werden ja von den Bürgern angesprochen, wenn der Dienst nicht funktioniert. Die Bürger interessiert es relativ wenig, ob der Gatterer mit jenem nicht kann oder umgekehrt, um es einmal klar zu sagen.

Ein ganz anderes Problem - und da, Herr Landesrat, ersuche ich Sie schon ein bisschen genauer zu sein - ist die Zweisprachigkeit der Busfahrer. Hier wird die Bestimmung noch und nöcher umgangen. Man möge mir nicht mit der Ausrede kommen, dass man im Land keine Busfahrer mit der Zweisprachigkeitsprüfung findet. Mir ist bekannt, dass in den letzten Wochen einige Südtiroler Busfahrer den Dienst quittiert haben, weil auch der Zusatzkollektivvertrag seit 1990 nicht mehr erneuert worden ist, also gibt es in diesem Bereich sehr viel offene Baustellen. Und weil Sie auch für die Baustellen zuständig sind, werden Sie das sicherlich lösen können, Herr Landesrat!

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 13/10/16 del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante: secondo tentativo: nomi fascisti dei rifugi – per quale ragione l'assessore Tommasini non provvede all'attuazione della mozione approvata dal Consiglio provinciale? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nachdem Landesrat Tommasini auf die Anfrage im September nicht einmal ansatzweise geantwortet hat, wird diese hiermit nochmals eingereicht und im Sinne der Geschäftsordnung um eine ordnungsgemäße Antwort ersucht.

Der Süd-Tiroler Landtag hat am 18. September 2013 mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, bei den Schutzhütten, die ans Land Süd-Tirol übergegangen sind, nur mehr die historischen Hüttennamen zu verwenden und die faschistischen Namen zu streichen. Bei den Einladungen und offiziellen Schreiben zur Wiedereröffnung der Edelrauthütte wird von Landesrat Tommasini jedoch eigenmächtig weiterhin der faschistische Name "Rifugio Ponte di Ghiaccio" verbreitet. Es ist dies eine völlige Missachtung des Landtagsbeschlusses.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Warum setzt Landesrat Tommasini den Landtagsbeschluss nicht um und verbreitet eigenmächtig faschistisches Namengut?

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Egregio presidente, gentili colleghi! Die Verwendung der deutschen und italienischen Namen der Südtiroler Schutzhütten ist vom Gesetz geregelt. Mit staatlichem Gesetzesdekret bezüglich der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut der Region Trentino Alto-Adige/Südtirol sind Südtirols Schutzhütten, welche sich bis 1998 im Eigentum des Staates befanden,

ins Eigentum des Landes übergegangen. Dem Dekret beigefügt ist eine Liste mit den jeweiligen Bezeichnungen der Schutzhütten in deutscher als auch italienischer Sprache. An diese offiziellen Bezeichnungen haben sich meine Ämter gehalten. Danke!

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wie üblich, wieder keine Antwort! Die Frage lautet, warum der Landtagsbeschluss nicht umgesetzt wird. Ich lese Ihnen den Landtagsbeschluss im Wortlaut noch einmal vor: "*Der Süd-Tiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die Schutzhütten, die ans Land Süd-Tirol übergegangen sind, zukünftig nur mehr mit dem historischen Hüttennamen geführt werden und die faschistischen Namen gestrichen werden.*" Dieser Antrag wurde in diesem Wortlaut mit 24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt, Herr Landesrat Tommasini. Dieser Beschluss ist von Ihnen umzusetzen! Da geht es nicht darum, was Sie oder was Ihre Ämter wollen. Das ist ein Beschluss des Landtages. Der Landtag ist das oberste politische Organ in Südtirol, nicht die Landesregierung, nicht der Landesrat, nicht die Ämter des Landesrates, sondern der Landtag! Wenn der Landtag etwas beschließt und es dafür eine Mehrheit im Landtag gibt, dann können, dürfen und verlangen wir von der Landesregierung, dass das auf Punkt und Beistrich umgesetzt wird. Es steht Ihnen nicht zu, die Abstimmungen des Landtages so zu interpretieren, wie Sie das vielleicht gerne politisch hätten. Sie können dagegen stimmen, das steht Ihnen frei zu. Sie können dagegen protestieren, das steht Ihnen zu. Sie können sich mit einem faschistischen Namensschildchen an die Hütte ketten, auch das steht Ihnen zu. Aber weiterhin faschistisches Namensgut zu verbreiten, wenn der Landtag beschließt, dass diese Namen abgeschafft werden müssen, steht Ihnen nicht zu. Ich fordere daher Sie und vor allem den Landtagspräsidenten auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Beschlüsse, die hier im Landtag gefasst werden, auch umgesetzt werden. Denn es hat in den letzten Tagen große Aufregung um diese Anfrage gegeben, der Anträge, die angenommen wurden. Was zählt, ist letzten Endes, wie viele Anträge umgesetzt werden. Wenn die Landesregierung die Anträge, die im Landtag genehmigt werden, danach einfach nicht umsetzt, dann braucht es keinen Landtag mehr, denn dann sitzen wir hier nur, können uns irgendwo anders treffen und diskutieren. Das ist eine derartige Missachtung der Institution des Landtages, dass es eigentlich eine Respektlosigkeit darstellt. Deswegen fordere ich den Landtagspräsidenten auf, bei Landesrat Tommasini dafür zu sorgen, dass die Beschlüsse des Landtages umgesetzt werden.

**PRESIDENTE:** Collega Knoll, il presidente del Consiglio provinciale non ha il potere di far rispettare le leggi né tanto meno le mozioni.

Assessore Tommasini, prego.

**TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Gentile collega, a me non interessa se si chiama "ponte di ghiaccio", "lago di ghiaccio", "sentiero di ghiaccio", "ghiacciolo". Il punto è che in questo caso si tratta di un decreto e Lei dovrebbe conoscere almeno l'a-b-c del fatto che nelle fonti del diritto, in questo caso questa è una fonte alla quale ci dobbiamo attenere in quanto sovraordinata. Se poi c'è una mozione che impegna ad andare verso i nomi storici, sarà la commissione che faremo, deciderà il Consiglio provinciale se si chiamerà ponte, rifugio o sentieri, e ci atterremo a quello. In questo momento c'è questo decreto, e non io, perché per me è uguale in qualsiasi modo si chiami, peraltro "ponte di ghiaccio" non mi fa né caldo né freddo – in ogni caso gli uffici si attengono a quel decreto. Non è che possono, per le fonti del diritto, andare ad abolire quello che richiede una mozione, che è un indirizzo. Sono due cose diverse, La prego non faccia confusione e si studi le fonti del diritto.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'**interrogazione n. 28/10/16** del 23/9/2016, presentata dal consigliere Pöder, riguardante: Tagesmütter: nuova regolamentazione e nuovi criteri. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Tagesmütter - neue Regelung bzw. neue Kriterien

1. Welche Wochenstundenregelung und welche Regelung zum Fernbleiben der Kinder aus Urlaubsgründen plant die Landesregierung künftig für den Tagesmütterdienst?

2. Welche sonstigen Neuerungen die sich auf Inanspruchnahme des Tagesmütterdienstes für Kinder/Eltern ergeben plant die Landesregierung.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Geschätzter Präsident, sehr geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Pöder, vorab eine kurze Information! Sie wissen, dass mit 1.1.2014 ein neues Tarifsysteem eingeführt wurde, das den Tagesmutterdienst dem Kitadienst gleichgestellt hat. In diesem Zusammenhang wurden die Tarife für Tagesmütter nicht nur halbiert, sondern für einkommensschwache Familien auf 90 Cent pro Stunde eingeführt. Der zweite wichtige Punkt, an den ich erinnern möchte, ist, dass das eine Übergangsbestimmung ist. Im Zusammenhang mit der von Ihnen aufgeworfenen Fragestellung gilt es, dieses Finanzierungsmodell zu implementieren und vor allem auch den Tagesmutterdienst zusammen mit den Gemeinden künftig zu finanzieren.

Konkret auf Ihre Fragestellung! Die Mindestanwesenheit, die wir eingeführt haben, zusätzlich zur Finanzierung auf Stundenbasis der Implementierung des neuen Tarifsystems sehen wir in der Regel für den Kitabereich und auch für den Tagesmutterdienst eine Mindestanwesenheit von 12 Wochenstunden vor. Dies vor allem im Hinblick darauf, dass es sich dabei um eine der wichtigsten Entwicklungsstufen im Leben eines Kindes handelt. Die 0 bis 3 Jahre sind ein zentraler Bereich im Leben eines jeden Kindes. Die Überlegung, die dahintersteht, ist im Prinzip die Wahrung der Qualität oder die Verbesserung der Qualität vor allem im Hinblick auf ein besseres pädagogisches Angebot und pädagogische Kontinuität auch im Bereich der Kleinkindbetreuung. Konkret heißt das dann für die Familien, dass sie mindestens 12 Wochenstunden beanspruchen sollten. Die Kinder sollten also möglichst regelmäßig und mindestens 12 Stunden in der Woche den Tagesmutterdienst besuchen. Die Finanzierung erfolgt teils durch das Land, teils durch die Gemeinde und im Verhältnis durch einen relativ geringen Anteil von Seiten der Familien. Das gilt für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, in manchen Fällen - das haben wir auch diskutiert - bis zum vollendeten vierten Lebensjahr. Die bestehende Regelung gilt nicht für Kinder im Vorschulalter, also dann, wenn die Kinder über drei bzw. vier Jahre alt sind. Das heißt, sie können - wie bisher - die Kinder nach Bedarf schicken, auch weit unter diesen 12 Stunden, und zwar deshalb, weil sie dann regelmäßig den Kindergarten oder die Schule besuchen. Die Tagesmutter erbringt in diesem Fall eigentlich nur dann Betreuungsleistungen, wenn keine verlängerten Kindergartenöffnungszeiten geboten werden, oder in Ferienzeiten. In diesem Fall tragen allerdings die Eltern dann auch die Vollkosten des Tagesmutterdienstes.

Bisher hat es keine einheitliche Regelung gegeben, wie eine Finanzierung dieses Dienstes bzw. dann auch die Kosten für die Familie ausschauen sollen, wenn das Kind aus unterschiedlichen Gründen fehlt. Da hat es landesweit eine ganz unterschiedliche Handhabung gegeben, welche auch von Sozialgenossenschaft zu Sozialgenossenschaft unterschiedlich war. Es war uns wichtig, im Sinne eines einheitlichen Angebotes des Dienstes dann auch anlehnend an Vorbilder des Kindergartens zum Beispiel zu schauen, wie dort Abwesenheiten geregelt sind und dieses System dann auch zu übertragen. Das heißt ganz konkret, dass, wenn das Kind nicht aufgrund von Feiertagen, Schließung der Kindertagesstätte, Erkrankung oder Urlaub der Tagesmutter, sondern aus Überlegungen, die mit der Familie und der Organisation des Familienalltags zu tun haben, abwesend ist, in diesem Fall dann auch die Stunden - sofern sie in der Familie angefragt sind - verrechnet werden.

Frage Nr. 2: Welche zusätzlichen Neuerungen sind mit diesem System eingeführt worden? Wir haben die Vorgangs- und Zugangskriterien zu den einzelnen Diensten vereinheitlicht. Wir haben - wie gesagt - die durchgängige Finanzierung des Dienstes auf Stundenbasis eingeführt. Weiters haben wir ein System eingeführt, dass ein verpflichtendes Mindestangebot an Kinderbetreuung in jeder Gemeinde vorzusehen ist. Wie gesagt, die Flexibilisierung des Angebotes durch die Verrechnung auf Monats- bzw. Jahresebene, dass die Stunden also auch über die Monate unterschiedlich beansprucht werden können, und die Regelung bei Abwesenheit im Krankheitsfalle sind die wesentlichen Neuerungen in diesem Bereich.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank für die Ausführungen! Meine Frage geht jetzt nicht grundsätzlich um die Thematik. Es wurde einfach die Besorgnis hinsichtlich dieser 12-Stunden-Regelung an mich herangetragen, ob diese rigide angewandt wird. Die Eltern haben mir mitgeteilt, dass im Augenblick darüber verhandelt wird. Auch was die Inanspruchnahme der sogenannten Urlaubstage bzw. das Fernbleiben angeht, stellt sich die Frage, ob das nicht mehr tageweise, sondern nur mehr wochenweise möglich ist und, und, und. Da gibt es einige Besorgnis, vor allem bei den Eltern, die sagen, dass damit die Flexibilität sinkt. Ich glaube, beim Tagesmutterdienst - soweit ich das beurteilen kann - schätzt man vor allem die Flexibilität, die jetzt bei den Kitas verständlicherweise nicht so möglich ist, weil es dort ja auch immer um eine Auslastungsfrage geht. Dort geht es auch um die Bereitstellung bzw. Zurverfügungstellung der Plätze und der Nachfrage usw. Bei den Kitas ist wahrscheinlich weniger Flexibilität angebracht als bei den Tagesmüttern. Aber Sie haben jetzt gesagt, dass man darüber immer noch diskutiert, oder ist das schon entschieden? Es gibt jetzt bestimmte Regelungen, aber - soweit ich das verstehe - die Flexibilität ist immer noch irgendwo gegeben, wenn bestimmte Notwendigkeit besteht. Ich

denke an das Fernbleiben im - keine Ahnung, warum auch immer - Krankheitsfälle oder weil man einen Arztbesuch hat. Dann gibt es diese flexible Handhabung immer noch. Danke sehr!

**PRESIDENTE:** L'interrogazione n. 43/10/16 è stata ritirata dalla presentatrice, consigliera Artioli.

Passiamo all'**interrogazione n. 53/10/16** del 29/9/2016, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante l'inquinamento, gli interventi per l'A22. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** In Alto Adige, in particolare nelle zone più popolate delle valli dell'Isarco e dell'Adige, la popolazione è costretta a respirare l'aria che contiene un'alta concentrazione di inquinanti, i quali superano i limiti imposti dall'Unione europea (vedasi direttiva 2008/50/CE). Le ricadute negative sulla salute, sulla speranza di vita media delle persone e sulle spese sanitarie che la Provincia deve sostenere sono evidenti.

Negli anni sono stati individuati diversi interventi necessari a migliorare la situazione in fatto di inquinamento atmosferico e acustico lungo il tracciato dell'A22 che corre sul territorio provinciale e si sono susseguite le mozioni in Consiglio provinciale sul tema con proposte concrete.

Con DPCM del 22 novembre 2013 era stato istituito, sulla base dell'art. 9, comma 9 del D. Lgs. 13 agosto 2010, n. 155, un comitato tecnico Provincia/Ministeri incaricato di studiare soluzioni concrete. A due anni e mezzo dalla prima convocazione non risulta essere stato pubblicato alcun risultato.

Ciò premesso,

si chiede:

1. può l'assessore competente aggiornare il Consiglio sul lavoro e sui risultati del comitato?
2. sono previste iniziative concrete da parte della Provincia autonoma di Bolzano e/o dallo Stato?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon öfters Fragen zu diesem Themenbereich erörtert. Wir alle wissen, dass all das in den Zuständigkeitsbereich des Staates fällt. Aber die Landesregierung ist hier sehr wohl tätig geworden. Wir haben bereits im Frühjahr 2014 ein ganzes Maßnahmenpaket gutgeheißen, welches an das technische Komitee beim Ministerratspräsidium in Rom weitergeleitet wurde. Es sind darin sieben Maßnahmen enthalten, mit welchen eine Verbesserung der Luftqualität erzielt werden sollte.

Nun zu den Fragen im Einzelnen! Frage Nr. 1: Im Moment wird an der Einführung einer dynamischen Reduzierung der Geschwindigkeit im Zuge eines Pilotprojektes auf einem Abschnitt der A22 gearbeitet. Ein erster Entwurf eines entsprechenden Dekrets liegt auf. Weitere zwei Maßnahmen wurden vom eingesetzten "Comitato tecnico" als kurzfristig umsetzbar angesehen und werden demnächst vertieft. Es handelt sich um die Förderung des Warentransportes auf der Schiene und die freie Nutzung des Autobahnabschnittes zwischen Bozen Nord und Bozen Süd. Die weiteren Punkte wurden mit folgenden Begründungen derzeit nicht mehr in Betracht gezogen: a) Die Maßnahme, Verlegung der A22 im Bereich der Stadt Brixen, wird als zu langfristig angesehen, sodass sie für die Verbesserung der Luftsituation in den nächsten Jahren keine Rolle spielt. Die Umfahrung Bozen SS fällt in den Zuständigkeitsbereich sehr wohl des Landes und deshalb arbeitet die Landesregierung auch mit entsprechenden Plänen, wie ja vor Kurzem wieder bekannt gegeben wurde. Weiters wissen Sie, dass der Landeshauptmann - das ist in der Presse angekündigt worden - übermorgen ein Treffen mit Minister Delrio hat. Die Voraussetzung für das Ganze ist ja, dass wir hier auch die Konzession für die Autobahn bekommen. Hier geht es auch darum, dass dieses Pilotprojekt, von dem ich einleitend gesprochen habe, Modellcharakter für ganz Italien haben könnte. Deshalb ist es für uns besonders wichtig. Wir hoffen, dass diese Bemühungen um die Erhaltung der Konzession letztendlich auch mit Erfolg gekrönt sein werden, damit diese Maßnahmen umgesetzt werden können.

Ich möchte eines ganz salopp nochmals formulieren: Auf der einen Seite fordert der Staat uns auf und sagt: "Ihr habt hier Luftschadstoffe, die eindeutig über den Grenzwerten liegen." Die Europäische Union sagt dem Staat Italien, dass sie ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, wenn diese Situation nicht verbessert wird. Wir legen die Maßnahmen beim Ministerratspräsidium vor und müssen mit dem Ministerratspräsidium verhandeln, damit wir in mühevoller Kleinarbeit auf einzelnen Bereichen kleinste Fortschritte erzielen. So ist die Situation.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Landesrat! Ich kann mir das vorstellen. Ich habe auch ein bisschen die Schreiben an dott.ssa Grande mitverfolgt. Ich habe dann ab einem gewissen Punkt den Faden verloren. Die Frage war daher, ob seit 2014 überhaupt noch etwas passiert ist, weil die Schreiben des Landes gingen an dott.ssa Grande, mit der Frage, was jetzt ist. Deswe-

gen haben Sie mir gesagt, dass zumindest ansatzweise etwas passiert ist, mit anderen Punkten, die wir hier in verschiedenen Beschlussanträgen schon besprochen haben, wie zum Beispiel die Anpassung der Kosten des Brennerbasistunnels an die anderen alpinen Pässe oder MONITRAF Alpentransitbörse. Gibt es hier eine konkrete Chance, dass man innerhalb dieser Legislaturperiode mit Rom noch auf einen grünen Zweig kommt oder eher nicht?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Die Voraussetzung ist, dass die Konzession erteilt wird. Wenn die Konzession erteilt wird, haben wir auch entsprechende Instrumente.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 4/10/16 del 20/9/2016, presentata dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa, riguardante: bocciata la centrale idroelettrica Achenrain: grande vittoria per l'ambiente, ma grave perdita per il Comune e l'ASM di Bressanone! Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Das Wasserhöchstgericht in Rom hat das geplante KW in der Achenrain-Schlucht gekippt, ein höchst erfreulicher Erfolg für den Umweltschutz, aber mit unerwarteten Kollateralfolgen:

Denn im außergerichtlichen Vergleich zwischen Stadtwerken Brixen (SWB) und SEL AG wurde den SW Brixen 2013 eine 25%-Beteiligung am geplanten SEL-Kraftwerk Ridnaun-Achenrain in Aussicht gestellt, neben einem 20%- Anteil an der geplanten Wiltener Leitung über den Brenner; der Gemeinderat verabschiedete am 13. 6. 2013 einstimmig das entsprechende Einvernehmensprotokoll. Die in Aussicht gestellten Beteiligungen waren eine Kompensation für den Rückzug der SW von den Rekursen gegen SEL zufolge der sattsam bekannten Wettbewerbsverzerrungen. Die erhofften Anteile an Ridnaun und der Brenner-Linie dienten als symbolischer Ausgleich für die entgangene Chance der Stadtwerke, am Mega-Kraftwerk Mühlbach zu partizipieren. Eine berechtigte Forderung: Nach dessen Errichtung 1940 büßte Brixen die eigene Stromproduktion auf Jahrzehnte hin ein, mit Verlusten für die Stadt und ihren Haushalt, deren Höhe man sich als Brixner/in lieber nicht ausmalt. So erfreulich daher der KO für das Kraftwerk Achenrain-Schlucht ist, so steht nun Brixen vorläufig mit leeren Händen da.

Wir stellen in diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Landesregierung:

- Auf welche Weise will Alperia/Rienz Energie den Ausfall für Brixen kompensieren?

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich wurde am 28. März 2013 das "Memorandum of Understanding" unterzeichnet, am 13.3. vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Brixen ratifiziert, mit welchem im Gegenzug zum Verlass der vom obersten Wassergerichtshof behängenden Verfahren den Stadtwerken Brixen eine 25-Prozent-Beteiligung am geplanten SEL-Kraftwerk Ridnaun-Achenrain in Aussicht gestellt wurde. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung war bereits bekannt, dass beim Obersten Gerichtshof für öffentliche Gewässer Rekursregeln mit Beschluss der Landesregierung vom 30.7.2012 betreffend die Konzessionsvergabe des Kraftwerkes Ridnaun hinterlegt worden waren. Dies wurde in der unterzeichneten Vereinbarung auch entsprechend berücksichtigt. Die SEL verpflichtete sich, alles Mögliche zu unternehmen, um das Kraftwerk und dessen Inbetriebnahme zu revidieren, übernahm jedoch keine Garantie dafür. In diesem Sinne wurde auch vereinbart, dass im Falle einer Annullierung der Konzession keine Ausgleichs- oder Schadenersatzzahlungen bezahlt würden bzw. dass das "Memorandum of Understanding" nicht abgeändert bzw. aufgelöst werden oder man vom Vertrag zurücktreten könne. Wohl aber wurde vereinbart, dass im Falle einer Annullierung der Konzession die SEL sich verpflichtet, innerhalb 12 Monaten ab der definitiven Annullierung der Konzession den Stadtwerken eine oder mehrere Beteiligungen an Gesellschaften, die erneuerbare Energien produzieren, auch außerhalb der Landesgrenzen anbieten würde, sodass den Stadtwerken der entsprechende Gegenwert für die entgangene Beteiligung an der Energieproduktion aus dem Kraftwerk Ridnaun garantiert werden könne. Nachdem sich nun der Oberste Gerichtshof für öffentliche Gewässer negativ in Bezug auf das Kraftwerk in der Achenrain-Schlucht ausgesprochen hat, finden derzeit entsprechende Gespräche zwischen Alperia und Stadtwerke Brixen statt. Beide Unternehmen arbeiten an einer konstruktiven Lösung. Alperia hält sich zu diesem Zeitpunkt auch die Option offen, allenfalls gegen das vom Obersten Wassergerichtshof in Rom gefällte Urteil einen entsprechenden Rekurs einzulegen. Nachdem das Urteil noch nicht offiziell zugestellt wurde, sind auch die Fristen für die Hinterlegung eines Rekurses noch nicht bekannt.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, gerne eine Replik! Das ist eine Frage, die auch der Kollege Blaas bereits öfters in seiner Eigenschaft als ehemaliger Gemeinderat von Brixen aufgeworfen

hat, aber auch als Landtagsabgeordneter hat er diese Frage immer wieder berührt. Die Auskunft, die Sie, Herr Landesrat, jetzt geben, ist natürlich in vieler Hinsicht bekannt, dass mit diesem Scheitern des Kraftwerks Achenrain - umweltpolitisch erfreulich, energiepolitisch für Brixen ziemlich katastrophal - sozusagen die ganze Sache auf die lange Bank geschoben wird. Das "Memorandum of Understanding", das damals abgeschlossen wurde, Kollege Blaas, zeichnet sich immer mehr als ein "Memorandum of Submission", ein Memorandum der Unterwerfung, ab. Ich glaube, dass diese Bedingung, auf die sich die Stadtwerke Brixen hier eingelassen haben, so lange zuzuwarten, bis hier ein Entscheid getroffen ist und im Negativfalle auf ein anderes Kraftwerk auszuweichen, faktisch dazu führt, dass Brixen seit inzwischen 3,5 Jahren ohne Ausgleich dasteht und auch bis zu einem neuen Abschluss keinen Ausgleich hat. Ich habe diese Verhandlungsführung nie verstanden und ich verstehe sie auch jetzt noch nicht. Tatsache ist, dass eine Stadt wie Brixen hier mit mindestens 1 bis 2 Millionen Euro jährlich durch die Finger schaut. Inzwischen sind es schon sechs Monate über den Rubikon gegangen. Aus meiner Sicht wäre es bitter notwendig, dass sich die Stadtregierung, die Stadtwerke Brixen mit der Landesregierung, mit Alperia nochmals zusammensetzen, um hier einen Ausgleich für diesen Ausfall herauszuverhandeln. Ich glaube, dass die Stadt Brixen in diesem Zusammenhang viel zu hasenfüßig, viel zu weich ist und hier auf einen Vorteil zu Gunsten der Stadt, aber vor allem der Bürgerinnen und Bürger leichtfertig Verzicht leistet. Ich kann die Landesregierung, wie es wohl auch Kollege Blaas tun würde, hier nur auffordern, Entgegenkommen zu zeigen und Druck auf Alperia auszuüben. Ich ersuche im Übrigen um die Aushändigung dieses "Memorandums of Auskunft". Danke schön!

**PRESIDENTE:** A questo punto sono terminati i 120 minuti riservati all'esame delle interrogazioni su temi di attualità. Alle interrogazioni non trattate verrà fornita risposta scritta entro i prossimi 10 giorni.

Punto 2) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 79/16: "Riforma delle indennità ai sensi del decreto-legge 10 ottobre 2012, n. 174, convertito in legge, con modificazioni, dalla legge 7 dicembre 2012, n. 213"*.

Punkt 2 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 79/16: "Neuregelung der Bezüge gemäß Gesetzesdekret vom 10. Oktober 2012, Nr. 174, mit Gesetz vom 7. Dezember 2012, Nr. 213, abgeändert und zum Gesetz erhoben"*.

La parola al presidente della terza commissione legislativa, consigliere Tschurtschenthaler.

**TSCHURTSCHENTHALER (SVP):** Laut Artikel 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung beantrage ich die Rückverweisung des Gesetzentwurfes an den dritten Gesetzgebungsausschuss. Nach dem Urteil Nr. 75/2016 des Verfassungsgerichtshofes ging es bei der Behandlung der Angelegenheit primär um die Kompetenzen im Gesetzgebungsbereich als um die im Gesetz an sich vorgesehene Maßnahme. Die diesbezügliche politische Bewertung möge der Landtag vornehmen. Dem Ausschuss geht es bei der Behandlung vielmehr um die Feststellung, ob die Verpflichtung auf die im Gesetzentwurf durch den Bezug auf das sogenannte Monti-Dekret besteht oder nicht. Ihnen allen sind die diesbezüglichen Diskussionen und Gutachten sowohl von Prof. Caia als auch von Prof. Falcon bekannt. Der Ausschuss wollte aufgrund der teilweise widersprüchlichen Ansichten keine voreiligen Schlüsse ziehen und in autonomiepolitisch-relevanten Aspekten möglicherweise vorhandene Spielräume aufs Spiel setzen. Voreilige Entscheidungen treffen, ist und war noch nie eine gute Option. Deswegen beantrage ich als Vorsitzender die Rückverweisung des Gesetzentwurfes an den dritten Gesetzgebungsausschuss.

**PRESIDENTE:** Collega Tschurtschenthaler, dovrebbe anche specificare di quanto richiede la proroga dei termini.

**TSCHURTSCHENTHALER (SVP):** 90 Tage.

**PRESIDENTE:** Ricordo che ai sensi dell'articolo 66 del regolamento interno due consiglieri possono intervenire a favore e due contro la richiesta del consigliere Tschurtschenthaler.

Consigliere Pöder, prego.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich bin natürlich dagegen. Der Landtag soll jetzt entscheiden. Wir zögern diese Thematik jetzt schon viel zu lange hinaus. Das ist eine reine Verzögerungstaktik, um die



Gehälter der Landesregierung zu retten. Die Gehälter der Abgeordneten und auch die Zuwendungen an die Fraktionen wurden bereits an das Monti-Dekret angepasst. Dem Landtag liegt ein Gutachten vor, also bitte ich hier nicht etwas anderes zu behaupten. Der Landtag hat ein Gutachten, nämlich das Gutachten des Südtiroler Landtages, das das Präsidium in Auftrag gegeben hat. Dieses Gutachten lässt überhaupt keinen Interpretationsspielraum zu, ob es uns passt oder nicht. Mir hat es damals auch nicht gepasst, dass es angewendet werden muss. Ob es uns passt oder nicht, diese Gesetzgebung ist anzuwenden.

Jetzt kommt man plötzlich drauf, dass die Autonomie zu retten ist, gerade wenn es um die Gehälter der Landesregierung geht. Das ist ja wunderbar, also gerade wenn es darum geht, die Gehälter der Landesregierung zu retten, wenn wir darüber diskutieren, hier endlich den Rechtszustand herzustellen, ... Ist Euch bewusst, dass diese Landesregierung seit Beginn ihrer Amtszeit 1,3 Millionen Euro bis jetzt zu viel verdient hat, wenn das gesetzliche Niveau hergenommen wird? Ich vergönne es Euch schon, aber das Gesetz ist nicht eingehalten worden. Uns hat man zu Beginn dieser Legislaturperiode gesagt, dass sich der Boden aufturn und den Südtiroler Landtag verschlucken wird, wenn wir die Zuwendungen an die Fraktionen und das Fraktionspersonal nicht an das Monti-Dekret anpassen. Jetzt kommt Ihr plötzlich drauf, dass die Autonomie, Südtirol zu retten ist, und zwar genau dann, wenn es um die Zuwendungen der Landesregierung geht, also das ist ja das Interessante.

Interessant ist auch, dass man das anderswo wie zum Beispiel im Trentino sehr wohl umgesetzt hat. Warum hat man das dort getan? Waren diese blöd oder was? Ich denke ganz einfach, was hier aufgeführt wird, gerade wenn es um die Gehälter der Landesregierung geht, ... Ich bitte Euch eines zu bedenken, und zwar, dass der Landeshauptmann als Spitzenkandidat der Südtiroler Volkspartei im Wahlkampf die Reduzierung der Gehälter, und zwar nicht die Reduzierung, die wir schon in der letzten Legislaturperiode für die Abgeordneten durchgeführt haben, sondern die Reduzierung der gesamten Landesregierungsgehälter versprochen hat. Das ist ein Wahlversprechen. Und diese Anpassung an das Monti-Dekret muss kommen. Ich sehe keinerlei Notwendigkeit, das noch einmal 90 Tage zu verschieben. Warum, für was denn? Wollt Ihr Euch noch zehnmals das Gutachten, das der Landtag eingeholt hat und der Landtag vorliegen hat, durchlesen? Dieses ist klar. Ein anderes Gutachten gibt es nicht im Landtag. Was irgendwelche Autonomiegruppen, Abgeordnete, Senatoren oder wer auch immer für Gutachten in Auftrag geben, wurde niemals offiziell hier vorgelegt. Ich habe in der Fraktionssprechersitzung gefragt, ob die Südtiroler Volkspartei das Falcon-Gutachten als offizielles Gegengutachten dem Südtiroler Landtag vorlegt. Das ist nicht passiert. Bis dato gibt es nur das Landtagsgutachten und dieses ist klar, ob es uns passt oder nicht. Zu Beginn der Legislaturperiode hat es uns auch nicht gepasst, bei den Fraktionen herumzudoktern, weil man uns gesagt hat, dass wir alle eingesperrt würden und der Rechnungshof kommen würde. Ich bin der Meinung, das muss jetzt auch für die Öffentlichkeit ein klares Bild abgeben, dass der Südtiroler Landtag nicht gerade jetzt die Autonomierettung entdeckt, wenn es um die Gehälter der Landesregierung geht. Wenn Ihr Euch hier für diese Chimäre hergebt, dass es jetzt noch einmal aufgeschoben wird, dass es jetzt noch einmal diskutiert werden muss, dass jetzt noch einmal herumgeredet werden muss, dass jetzt noch einmal alles durchgelesen wird, dass jetzt ein Gutachten, das es für den Landtag gar nicht gibt, denn das gibt es für den Landtag nicht, also dass jetzt irgendein Gutachten als Begründung für die Verschiebung hergenommen wird, halte ich für einen Wahnsinn. Das ist skandalös. Es ist absolut nicht tragbar, was hier in diesem Zusammenhang vorgenommen wird.

Ich erwarte auch, dass das Präsidium des Landtages, der Präsident des Südtiroler Landtages, die Einbringer dieses Gesetzentwurfes mit aller Deutlichkeit gegen eine Vertagung eintreten. Herr Präsident, ich bin der Meinung, Sie müssen hier auch nach außen hin die Würde des Landtages retten und Sie müssen hier ganz klar als Präsident des Landtages, als Einbringer des Gesetzentwurfes, denn Sie tragen jetzt die Verantwortung als Präsident des Südtiroler Landtages zusammen mit dem Präsidium, mit aller Vehemenz dagegen protestieren, dass dieser Gesetzentwurf noch einmal vertagt wird. Er wurde im April eingebracht. Es hat eine lange Vorlaufzeit gegeben. Jetzt muss er behandelt werden. Jetzt muss der Rechtszustand hergestellt werden, ob es uns passt oder nicht.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Parlerò contro, perché credo che più si trascina questo dibattito, più ci fa male e più dà spazio al populismo. Noi dobbiamo uscire da questo populismo. Ciascuno di noi credo abbia attraversato una fase populistica in politica, ma è una cosa negativa, quindi io sarei per risolvere la questione subito, per non raddoppiare questo dibattito e come esempio di risoluzione saremmo ben consigliati se imparassimo dalla vicina Provincia di Trento, perché il presidente Rossi ha preso lui stesso la decisione sulla propria retribuzione e su quella della Giunta provinciale con un decreto a partire dal 1° maggio 2014 e non è che la Provincia di Trento non ha difeso la propria autonomia, anzi! In questo decreto che ho qui davanti Rossi scrive: *“Ribadita la competenza della Provincia autonoma di Trento ad attuare con gli strumenti*

*legislativi consentiti dall'autonomia statutaria interventi anche puntuali di riduzione dei costi della politica, ecc. "ritiene però opportuno rideterminare l'ammontare della propria indennità di carica riducendo l'importo..." A questo fine – loro non citano Monti – costituisce un utile punto di riferimento quanto previsto dalla deliberazione della Conferenza permanente per i rapporti fra lo Stato, le Regioni e le Province autonome di Trento e Bolzano."*

Trento dice: noi siamo autonomi, prendiamo una decisione autonoma, prendiamo come punto di riferimento una delibera della Conferenza permanente Stato-Regioni-Province autonome del 6/12/2012 che ha individuato gli importi onnicomprensivi degli emolumenti spettanti al presidente, Giunta e consiglieri regionali. Ribadisce la propria autonomia, si riferisce a quanto concordato nella Conferenza Stato-Regioni-Province autonome e poi aggiunge che *"considerato che appare altresì necessario rimuovere ogni collegamento tra l'esigenza di affermazione delle prerogative statutarie in relazione al contenimento della spesa pubblica e posizioni individuali connesse al trattamento economico di cariche istituzionali, decreta che a partire dal 1° maggio 2014 l'indennità per il presidente è rideterminata in euro xy"*. A me sembra una posizione intelligente. Sottolineo l'ultima parte che dice il presidente Rossi: io voglio difendere l'autonomia – cerco di interpretarlo – non mi sembra che il mio stipendio sia la causa migliore su cui fare le barricate sulla difesa dell'autonomia, del resto io non mi allineo con Monti, ma con la Conferenza Stato-Regioni e lo faccio volontariamente, non perché sono costretto, però lo faccio per separare quello che può essere letto come interesse individuale mio di Rossi Ugo dalla causa dell'autonomia. Se questa cosa fosse successa qui due anni fa, ci saremmo risparmiati, infatti in Trentino su questo punto si è risparmiata ogni polemica e a me pare una buona soluzione che suggerisco e dico che ogni giorno che noi perdiamo è un giorno di veleni in più di cui non abbiamo bisogno. Per questo sono contro il rinvio.

**STEGER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Ich bin für die Vertagung. Es geht hier nicht um eine Vertagung zum Sankt Nimmerleinstag, sondern um eine Aufschiebung um ein paar Wochen im Grunde, und zwar um 90 Tage, letztmöglichster Termin. Sie wissen vielleicht, dass wir derzeit gerade bei dieser Thematik nicht nur über die Gehälter der Landesregierungsmitglieder zu sprechen haben, sondern auch über die Finanzierung der Fraktionen, weil mit dem Referendum, so es in eine Richtung ausgeht, die Mitarbeiter beispielsweise nicht mehr über die Fraktionen finanziert werden können. Wir haben auch über das Wahlgesetz zu reden, an dem meine Fraktion zurzeit arbeitet.

Wir möchten diese Thematiken in einem Paket zur Verhandlung bringen, in die Diskussion bringen, in den Südtiroler Landtag bringen. Es werden durchaus vielleicht unterschiedliche Gesetzentwürfe sein, aber die Thematik möchten wir gemeinsam diskutieren. Ich lasse es nicht gelten, wenn man so tut, als ob es nicht unterschiedliche Gutachten geben würde. Es gibt hier unterschiedliche Gutachten. Es gibt Gutachten, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen und es ist, glaube ich, richtig, dass man darüber nachdenkt, was denn rechtlich wirklich zu tun ist. In der Substanz möchte ich nicht viel sagen, außer eines. Es ist ja logisch, dass Sie als Opposition auf die Südtiroler Landesregierung reinhaken wollen. Ihnen kostet das nichts, im Gegenteil. Vielleicht machen Sie in Teilen der Öffentlichkeit gute Figur. Ich persönlich bin der Auffassung, dass die Öffentlichkeit sehr wohl sehen kann, welcher Aufwand und welche Aufgaben die Landesregierungsmitglieder zu tätigen haben und dass sie nicht überbezahlt sind.

Ich möchte Sie aber vor allem auf etwas hinweisen. Es gibt gerade jetzt eine Veröffentlichung im Internet über die Politikkosten in Südtirol. Schauen Sie sich das im Internet an. Sie werden sehen, dass gerade die Landesregierung seit den Jahren 2005, 2010 und 2015 massiv eingespart hat. Ich verweise, weil wir schon von der Substanz reden, auf die Veröffentlichung in verschiedensten nationalen Medien dahingehend, dass die Politikkosten und die Gehälter der Politiker in Südtirol, der Landtagsabgeordneten genauso wie jene der Landesregierungsmitglieder die günstigsten in ganz Italien sind.

Es ist substantiell einfach auch mal zu sagen, dass wir Mitglieder von zwei Parlamenten sind, und zwar vom Parlament auf Landesebene und vom Parlament auf regionaler Ebene. Es ist zu sagen, dass es keine Region in Italien gibt, die eine Gesetzgebungsbefugnis hat wie wir sie haben. Es gibt keine in Europa, die solche Gesetzgebungsbefugnisse hat wie wir sie haben. Wir und unsere Politiker sind die günstigsten in ganz Italien. Das wäre, denke ich, der Korrektheit halber auch zu sagen und nicht zu sagen, es wäre geschickter, es wäre besser, wenn man ... Ich sage Ihnen, wir sollten auch Klartext reden und nicht Angst vor uns selbst haben, sondern es ist auch eine Frage des Selbstwertes und der Ehre der Politik in diesem Lande. Ich ersuche um Vertagung, damit wir diese Geschichte vertiefen, in die Gesetzgebungskommission bringen und in spätestens 90 Tagen gemeinsam mit den anderen Gesetzgebungsakten, die ich bereits ankündige – Fraktionsfinanzierung und auch Wahlgesetz – in Diskussion und Behandlung bringen können. Deshalb bitte ich um Vertagung.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono altri interventi, metto in votazione la richiesta del consigliere Tschurtschenthaler per appello nominale, come chiesto dal consigliere Blaas.

Apro la votazione.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico –  
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

La richiesta del consigliere Tschurtschenthaler di concedere una proroga di 90 giorni per l'esame del disegno di legge n. 79/16 è approvata con 18 voti favorevoli e 15 voti contrari.

Presenti 33 consiglieri, votanti 33.

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Nogger, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Wurzer.

Hanno votato no i consiglieri Artioli, Atz Tammerle, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Tinkhauser, Urzi, Zimmerhofer.

Punto 3) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 630/16 del 12/7/2016, presentata dai consiglieri Blaas, Leitner, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante: No all'importazione di rifiuti in Alto Adige"**.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 630/16 vom 12.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Blaas, Leitner, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend: Nein zu Müllimporten nach Südtirol"**.

*Premesso che la nuova Giunta comunale di Bolzano composta da PD, SVP, Verdi e altri raggruppamenti intende – anche su pressione della Provincia – portare a Bolzano rifiuti da altre regioni, e che ciò è in contraddizione con le vigenti norme di diritto,*

*constatato che c'è da attendersi un ulteriore impatto ambientale su Bolzano e la Bassa Atesina, un aggravarsi dei problemi di salute pubblica e conseguenze negative per il turismo, bisogna dire chiaramente, nell'interesse dell'autonomia, No all'importazione di rifiuti in Alto Adige.*

*Il problema non sono i rifiuti che mancano per sfruttare al massimo l'inceneritore di Bolzano ma le dimensioni dell'impianto, eccessive fin dall'inizio. Noi Freiheitlichen abbiamo sempre messo in guardia dall'importazione di rifiuti, tendenzialmente conseguente a un errore di pianificazione. Il problema dei rifiuti di Bolzano e dell'inceneritore è stato trattato anche nell'ambito della discussione sulla nuova legge elettorale in Consiglio regionale. E al riguardo non ci sono state solo parole benevole, ma anche critiche. Il tempo ci ha dato ragione, perché i problemi di Bolzano non diminuiscono ma aumentano – in questo caso di pari passo con le grandi quantità di rifiuti che s'intendono importare. Ma queste importazioni non possono corrispondere agli interessi degli abitanti di Bolzano né alla volontà dell'elettorato, perché in fin dei conti la SVP ha sempre promesso di non importare rifiuti. Ecco due citazioni dalla risposta dell'ass. Theiner all'interrogazione consiliare n. 740/2014 del collega Leitner:*

*"La Giunta provinciale intende mantenere il divieto d'importare rifiuti urbani e impedire il 'turismo dei rifiuti'".*

*E*

*"La lettera l) del comma 1 dell'articolo 3 della legge provinciale n. 4/2006 vieta d'importare rifiuti urbani per il loro smaltimento. Lo stesso divieto è previsto dal comma 3 dell'articolo 182 del decreto legislativo n. 152/2006, "Codice dell'ambiente". L'articolo 35 dello 'Sblocca Italia' non abolisce i due articoli succitati, ma disciplina il trasporto di rifiuti urbani in impianti classificati come 'di trattamento termico' (R1-utilizzazione principale come combustibile o come altro mezzo per produrre energia). L'impianto di recupero è classificato come impianto di smaltimento (D10-incenerimento a terra), per cui il divieto d'importare rifiuti rimane."*

*Se a Bolzano dovessero arrivare altri rifiuti da fuori provincia, rompendo così la promessa della SVP, la situazione in città peggiorerà ancora con gravi effetti sull'ambiente, il turismo e non da ultimo la popolazione. Dal punto di vista dell'autonomia, importare rifiuti è particolarmente delicato. In tal caso, infatti, l'ulteriore funzionamento e il pieno sfruttamento dell'inceneritore di Bolzano sarà agganciato alla produzione di rifiuti a livello statale. Così l'Alto Adige si legherà ancora di più allo Stato.*

Già i costi di realizzazione dell'inceneritore superano di 40 milioni di euro l'importo previsto, e quasi ogni giorno si verificano incendi nell'impianto. Il suo utilizzo è continuamente al di sotto della capacità massima e ciò causa costi addizionali. Stando ai mezzi d'informazione, ora si dovrebbe costruire anche un impianto di trattamento preliminare per suddividere i rifiuti consegnati. In questo modo l'inceneritore diventa un disastro crescente sul fronte dei costi.

Inoltre uno studio dell'Università di agraria di Vienna (BoKu) ha dato risultati sorprendenti: per la manutenzione dell'inceneritore la Provincia spenderebbe fra 500.000 e 600.000 euro più del previsto. Se è vero, queste maggiori spese sono una somma non indifferente. Sembra che l'inceneritore non bruci solo rifiuti ma anche il denaro dei contribuenti, e ora lo si vorrebbe far funzionare con rifiuti da fuori provincia.

Comunque una cosa dev'essere chiara: non si può permettere il "turismo dei rifiuti" da altre regioni. Pertanto,

*Il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita la Giunta provinciale*

- a ribadire il divieto d'importare rifiuti urbani previsto dalla lettera l) del comma 1 dell'articolo 3 della legge provinciale n. 4/2006, e a rinunciare ad ammorbidire tale principio;
- a osservare il divieto d'importare rifiuti, come previsto dal comma 3 dell'articolo 182 del decreto legislativo n. 152/2006, "Codice dell'ambiente";
- a rinunciare a qualsiasi importazione in Alto Adige di rifiuti, anche speciali, e di residui da smaltire;
- a utilizzare l'impianto di trattamento termico, l'impianto di recupero, l'impianto di smaltimento e l'inceneritore nella struttura di Bolzano esclusivamente per rifiuti provenienti dall'Alto Adige, e a vietarne l'uso per rifiuti identificabili come non provenienti dalla Provincia autonoma di Bolzano.

-----

Vorausgeschickt, dass die neue Stadtregierung von Bozen aus PD, SVP, Grünen und anderen Gruppierungen auch auf Druck des Landes weiteren Müll von außerhalb Südtirols nach Bozen holen will und dies den geltenden rechtlichen Grundlagen widerspricht, festgestellt, dass mit einer weiteren Umweltbelastung für Bozen und das Südtiroler Unterland zu rechnen ist, sich die gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung zuspitzen werden und der Tourismus unter zusätzlichem Müll für Bozen leiden wird,

muss ein klares Nein zu Müllimporten nach Südtirol im Sinne der Autonomie ausgesprochen werden. Das Problem ist nicht der fehlende Müll, um den Verbrennungsofen in Bozen auszulasten, sondern die von Anfang an überdimensionierte Anlage. Wir Freiheitliche haben stets vor den Folgen der Fehlplanung und den damit zusammenhängenden Müllimporten gewarnt. Auch in der Debatte im Regionalrat zum neuen Wahlgesetz für Bozen wurde das Müllproblem von Bozen und der Verbrennungsanlage behandelt. Hierfür gab es nicht nur wohlwollende Worte, sondern auch Kritik. Die Zeit gibt uns Recht, denn Bozens Probleme werden nicht kleiner, sondern größer. In diesem Fall mit größeren Müllmengen, die importiert werden sollen. Die Müllimporte können weder im Sinne der Stadtbevölkerung noch des Wählerwillens sein denn schließlich hat die SVP stets großspurig versprochen keinen Müll zu importieren. Zitate aus der Antwort des Landesrates Theiner auf die Landtagsanfrage des Kollegen Leitner Nr. 740/2014:

„Die Landesregierung ist gewillt, das Importverbot für Hausabfälle aufrecht zu erhalten und Mülltourismus zu unterbinden“

Und

„Das Landesgesetz Nr. 4/2006 sieht im Art. 3, Absatz 1, Buchstabe l ein Importverbot für zu entsorgende Hausabfälle vor. Dasselbe Verbot ist auch im Legislativdekret Nr. 152/2006 ‚Nationales Umweltgesetz‘ im Art. 182, Absatz 3 festgeschrieben. Art. 35 des ‚Sblocca Italia‘ hebt diese beiden Artikel nicht auf, sondern regelt den Transport von Hausabfällen an Anlagen, die als thermische Verwertungsanlagen (R1 Hauptverwendung als Brennstoff oder andere Mittel der Energieerzeugung) klassifiziert sind. Die Müllverwertungsanlage ist als Beseitigungsanlage (D10 Verbrennung an Land) eingestuft, daher bleibt das Importverbot aufrecht.“

Sollte zusätzlicher Müll nach Bozen angeliefert werden und das SVP-Versprechen zum Importverbot gebrochen werden, wird Bozen weiter verkommen. Die Auswirkungen auf die Umwelt, den Tourismus und nicht zuletzt auf die Bevölkerung wären gravierend. Autonomiepolitisch sind Müllimporte

besonders heikel. Das weitere Funktionieren und die weitere Auslastung der Verbrennungsanlage in Bozen wird an das staatliche Müllaufkommen gekoppelt sein. Damit bindet sich Südtirol weiter an den Zentralstaat.

Bereits die Kosten für die Realisierung des MüllverbrennungsOfens überstiegen die Plankosten um 40 Millionen Euro, fast regelmäßig kommt es zu Bränden in der Anlage, die Auslastung der Anlage liegt stets unter der Gesamtkapazität, was auch Mehrkosten verursacht, und nun muss laut Medienberichten auch noch eine ‚Voraufbereitungsanlage‘ gebaut werden, um den angelieferten Müll auszusortieren. Der MüllverbrennungsOfen entwickelt sich mehr und mehr zu einem einzigen Kosten-Desaster.

Überraschend sind auch die Ergebnisse einer Studie der Universität für Bodenkultur Wien über den MüllverbrennungsOfen. Diese besagt, dass das Land etwa 500.000 bis 600.000 Euro mehr an Instandhaltungskosten als vorgesehen ausgeben. Wenn diese Studie stimmt, dann stellen die Mehrausgaben für Wartungsarbeiten ein hübsches Sümmchen dar. Die Verbrennungsanlage scheint nicht nur Müll, sondern auch Steuergelder zu verbrennen und nun soll sie mit ausländischem Müll gefüttert werden.

Eines muss aber klar sein: Es darf zu keinem Mülltourismus aus anderen Regionen kommen.

Deshalb,

fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

- auf das Importverbot für zu entsorgende Hausabfälle, wie es im Landesgesetz Nr. 4/2006, Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe I, festgehalten ist, zu bestehen und vor einer Aufweichung dieses Grundsatzes abzusehen;
- das Importverbot von Abfällen wie es das Legislativdekret Nr. 152/2006 „Nationales Umweltgesetz“ im Art. 182, Absatz 3 vorsieht, einzuhalten;
- auf jeglichen Import von Abfällen, Müll, Sondermüll und zu entsorgende Rückstände nach Südtirol zu verzichten;
- die thermische Verwertungsanlage, die Müllverwertungsanlage, die Beseitigungsanlage und den VerbrennungsOfen in Bozen ausschließlich für in Südtirol anfallende Abfälle und Müll zu verwenden und für Importe, deren Herkunft außerhalb der Autonomen Provinz Bozen festzumachen ist, zu sperren.

La parola al consigliere Blaas, ne ha facoltà.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! "Nein zu Müllimporten nach Südtirol. Vorausgeschickt, dass die neue Stadtregierung von Bozen aus PD, SVP, Grünen und anderen Gruppierungen auch auf Druck des Landes weiteren Müll von außerhalb Südtirols nach Bozen holen will und dies den geltenden rechtlichen Grundlagen widerspricht,

festgestellt, dass mit einer weiteren Umweltbelastung für Bozen und das Südtiroler Unterland zu rechnen ist, sich die gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung zuspitzen werden und der Tourismus unter zusätzlichem Müll für Bozen leiden wird,

muss ein klares Nein zu Müllimporten nach Südtirol im Sinne der Autonomie ausgesprochen werden.

Das Problem ist nicht der fehlende Müll, um den VerbrennungsOfen in Bozen auszulasten, sondern die von Anfang an überdimensionierte Anlage. Wir Freiheitliche haben stets vor den Folgen der Fehlplanung und den damit zusammenhängenden Müllimporten gewarnt. Auch in der Debatte im Regionalrat zum neuen Wahlgesetz für Bozen wurde das Müllproblem von Bozen und der Verbrennungsanlage behandelt. Hierfür gab es nicht nur wohlwollende Worte, sondern auch Kritik. Die Zeit gibt uns Recht, denn Bozens Probleme werden nicht kleiner, sondern größer. In diesem Fall mit größeren Müllmengen, die importiert werden sollen. Die Müllimporte können weder im Sinne der Stadtbevölkerung noch des Wählerwillens sein, denn schließlich hat die SVP stets großspurig versprochen, keinen Müll zu importieren. Zitate aus der Antwort des Landesrates Theiner auf die Landtagsanfrage des Kollegen Leitner Nr. 740/2014:

"Die Landesregierung ist gewillt, das Importverbot für Hausabfälle aufrecht zu erhalten und Mülltourismus zu unterbinden"

Und

"Das Landesgesetz Nr. 4/2006 sieht im Art. 3, Absatz 1, Buchstabe I ein Importverbot für zu entsorgende Hausabfälle vor. Dasselbe Verbot ist auch im Legislativdekret Nr. 152/2006 ‚Nationales Umweltgesetz‘ im Art. 182, Absatz 3 festgeschrieben. Art. 35 des ‚Sblocca Italia‘ hebt diese beiden Artikel nicht auf, sondern regelt den Transport von Hausabfällen an Anlagen, die als thermische Verwertungsanlagen (R1 Hauptverwendung als Brennstoff oder andere Mittel der Energieerzeugung) klassifiziert sind. Die Müllverwertungsanlage ist als Beseitigungsanlage (D10 Verbrennung an Land) eingestuft, daher bleibt das Importverbot aufrecht."

Sollte zusätzlicher Müll nach Bozen angeliefert werden und das SVP-Versprechen zum Importverbot gebrochen werden, wird Bozen weiter verkommen. Die Auswirkungen auf die Umwelt, den Tourismus und nicht zuletzt auf die Bevölkerung wären gravierend. Autonomiepolitisch sind Müllimporte besonders heikel. Das weitere Funktionieren und die weitere Auslastung der Verbrennungsanlage in Bozen werden an das staatliche Müllaufkommen gekoppelt sein. Damit bindet sich Südtirol weiter an den Zentralstaat.

Bereits die Kosten für die Realisierung des MüllverbrennungsOfens überstiegen die Plankosten um 40 Millionen Euro, fast regelmäßig kommt es zu Bränden in der Anlage, die Auslastung der Anlage liegt stets unter der Gesamtkapazität, was auch Mehrkosten verursacht, und nun muss laut Medienberichten auch noch eine ‚Voraufbereitungsanlage‘ gebaut werden, um den angelieferten Müll auszusortieren. Der MüllverbrennungsOfen entwickelt sich mehr und mehr zu einem einzigen Kosten-Desaster.

Überraschend sind auch die Ergebnisse einer Studie der Universität für Bodenkultur Wien über den MüllverbrennungsOfen. Diese besagt, dass das Land etwa 500.000 bis 600.000 Euro mehr an Instandhaltungskosten als vorgesehen ausgeben. Wenn diese Studie stimmt, dann stellen die Mehrausgaben für Wartungsarbeiten ein hübsches Sümmchen dar. Die Verbrennungsanlage scheint nicht nur Müll, sondern auch Steuergelder zu verbrennen und nun soll sie mit ausländischem Müll gefüttert werden.

Eines muss aber klar sein: Es darf zu keinem Mülltourismus aus anderen Regionen kommen.

Deshalb fordert der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf,

- auf das Importverbot für zu entsorgende Hausabfälle, wie es im Landesgesetz Nr. 4/2006, Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe I, festgehalten ist, zu bestehen und vor einer Aufweichung dieses Grundsatzes abzusehen;
- das Importverbot von Abfällen wie es das Legislativdekret Nr. 152/2006 "Nationales Umweltgesetz" im Art. 182, Absatz 3 vorsieht, einzuhalten;
- auf jeglichen Import von Abfällen, Müll, Sondermüll und zu entsorgende Rückstände nach Südtirol zu verzichten;
- die thermische Verwertungsanlage, die Müllverwertungsanlage, die Beseitigungsanlage und den VerbrennungsOfen in Bozen ausschließlich für in Südtirol anfallende Abfälle und Müll zu verwenden und für Importe, deren Herkunft außerhalb der Autonomen Provinz Bozen festzumachen ist, zu sperren.

Dieser Beschlussantrag ist derzeit aktuell. Mich wundert in der ganzen Sache, dass in Bozen vor nicht allzu langer Zeit von Seiten der Stadtverwaltung immer restriktiv vorgegangen wurde und man sich gegen Müllimporte stets gesperrt hat, das aus gutem Grund, und plötzlich mit dem neuen Bürgermeister ein Umdenken erfolgt ist - man wird ihm die ganze Sache finanziell schmackhaft gemacht haben - und man deshalb aus eigener Initiative einem Müllimport aus Trient zustimmen möchte. Wir können damit sicher nicht einverstanden sein. Man spricht von 20.000 Tonnen. Das ist doch eine beträchtliche Menge. Das ist ungefähr die Müllmenge, die in etwa jährlich in einer Stadt wie Bozen mit 100.000 Einwohnern anfällt. Wir sprechen auch von etwa 1.000 Fahrten, die zusätzlich entstehen. Das werden ungefähr, wenn man es auf den Tag berechnet, 4 Fahrten sein, denn Samstag und Sonntag wird nicht unbedingt mit dem Müll gefahren, aber immerhin. Auch der Müll, der aus dem Fleimstal kommen würde, würde über Südtiroler Gebiet nach Trient gebracht und dort mittels Umladestation wieder nach Bozen fließen.

Zu bedenken gilt auch, dass dieser Müll Rückstände verursacht. Das sind Asche und Feinstaub. Gar einige Tonnen machen auch die Filteranlagen aus, die dann in Deutschland zu entsorgen sind. Hier würde man ein Problem, das derzeit Trient hat - Trient hat lange einen Standort für den MüllverbrennungsOfen auf Trientner Gebiet gesucht, hat ihn politisch aber nicht durchsetzen können -, für Trient lösen. Damit würde es auch zusätzliche Einnahmen von 25 Prozent mehr geben, aber hier sind die Investitionskosten, die doch beträchtlich sind, gar nicht eingerechnet. Zudem fällt, wie gesagt, ein Haufen Reste an wie Asche, Schlacke und Feinstaub.

Wieso besteht das Südtiroler Importverbot? Wieso ist dieses eingeführt? Das ist im fernen Jahr 2006 passiert, eben weil man eine Einigung erzielen wollte, weil man das Einverständnis für den Standort in Bozen haben wollte, weil man versichern musste, hier nicht provinzfremden Müll zu verbrennen. Damals wurde dieses Gesetz in weiter Voraussicht eingeführt. Ich gebe eines zu bedenken. Es ist verführerisch, von regionalen Kreisläufen und dergleichen zu reden, aber wenn wir diese Möglichkeit für Trient eröffnen, dann muss uns allen klar sein, dass wir

auch weniger Argumente haben, Müll von anderswo in Notfällen annehmen zu müssen. Man hat uns immer wieder versichert, dass der Müllofen ordentlich funktioniert, auch wenn er nicht optimal ausgelastet ist. Man hat uns auch immer wieder gesagt, dass er in weiser Voraussicht, dass die Müllmenge ständig ansteigt, geplant wurde, dass er 25 Jahre die Möglichkeit hat, diese Kapazitäten langsam zu erreichen. Wenn dem nicht so wäre, dann hätten wir und die Kollegen hier doch einige falsche Antworten auf Anfragen erhalten. Zum einen müsste man sagen, dass man, wenn die Verbrennung wirklich nicht optimal läuft, weil der Ofen nicht ausgelastet ist, zwei Jahre zugewartet und sehendes Auge mehr Emissionen in Kauf genommen hat, also hier gibt es einen bedeutenden Widerspruch. Entweder die Anlage funktioniert ordnungsgemäß auch mit einer niederen Auslastung oder man hat zwei Jahre mit einer schlechten Auslastung schlechte Luft produziert.

Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, diesem Beschlussantrag zuzustimmen, weil ein Müllimport aus anderen Regionen Italiens sicherlich von der Bevölkerung nicht gewünscht wird. Ich erinnere auch im Zuge der ganzen Diskussion um den Flughafen daran, dass wir damals alle von mehr Belastung gesprochen haben, Bozen aber plötzlich mit zusätzlich 20.000 Tonnen Restmüll einverstanden wäre, die hier verbrennt würden, und zwar mit allen Konsequenzen.

**PRESIDENTE:** In questo momento l'assessore Theiner è impegnato col sindaco di Bolzano per discutere proprio sulle questioni sollevate con la mozione. Proporrei che terminata l'illustrazione rinviando la prosecuzione della mozione a domani mattina.

Ha chiesto la parola la consigliera Artioli, prego.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Ringrazio il collega Blaas per l'esposizione meticolosa di quello che sta accadendo all'inceneritore. Si combatte da mesi per cercare di fermare l'importazione dei rifiuti da fuori provincia, dopo che avevate promesso in tutte le lingue che non sarebbe successo. Abbiamo i dati pubblicati dal giornale "Alto Adige" che ci dicono che sono aumentati i tumori nella città di Bolzano che è una conca in cui le polveri sottili si depositano. Abbiamo grossi problemi di terreni nella zona Agruzzo in cui famiglie interessate sono decimate. Chi vive in zona industriale si sveglia la mattina con una polverina gialla sottilissima e facciamo finta di niente.

Sapevamo che l'inceneritore è stato costruito nel posto più sbagliato che si poteva fare, nella conca di Bolzano. Facciamo cambio con Trento, diciamo loro che smantelliamo il nostro inceneritore, e portiamo le nostre immondizie. Invece no, noi costruiamo un carcere quando a Trento c'è già un carcere nuovo, mettiamo l'inceneritore che ci avvelena tutti, facciamo finta di niente, non prendiamo dati veri sui terreni, non andiamo a vedere le famiglie decimate dai tumori. Il trafiletto sul quotidiano "Alto Adige" era piccolissimo e diceva che solo nella città di Bolzano sono aumentati i casi di tumori. Chiediamoci come mai solo nella città di Bolzano e non nelle valli. Che cosa è cambiato negli ultimi tre anni? Che abbiamo messo un nuovo inceneritore, questa è la realtà, e noi facciamo finta di niente.

Ciò che mi stupisce di più è l'atteggiamento dei Verdi, che hanno l'assessore nella giunta comunale di Bolzano che dice di non dimettersi, nonostante i Verdi avessero detto che non avrebbero mai accettato i rifiuti da Trento. Lo fa per i cittadini! Ma cosa vuol dire? Qua in aula li sentiamo sempre sbraitare che loro ci difendono ecc., poi hanno un assessore all'interno del Comune di Bolzano che dice: voto contro ma non mi dimetto! Rasentiamo il ridicolo ormai. Se sei coerente, se sei veramente "verde" ti dimetti per una cosa del genere. Non dici che va bene, importiamo i rifiuti nel bollitore enorme, marrone che abbiamo costruito per fare il teleriscaldamento. Anche per quanto riguarda il teleriscaldamento abbiamo le bollette più alte d'Italia, quindi non solo veniamo avvelenati, ma paghiamo più che in tutto il resto d'Italia. È la gestione più sbagliata che ci possa essere, e facciamo anche finta di niente, perché tanto sono i nostri nonni, i nostri nipoti che muoiono. E come mai famiglie intere ad Agruzzo vengono decimate, ed è proprio dove è situato l'inceneritore e abbiamo anche le mele!

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Mi spiace che nessuno dei rappresentanti della lista formata dalla collega Artioli per il Consiglio comunale sia stato eletto, altrimenti ci avrebbe dato una mano.

Noi abbiamo votato in Giunta comunale di Bolzano contro questa idea di aprire per l'importazione rifiuti per diversi motivi. Abbiamo anche depositato un documento abbastanza complesso consegnato al sindaco per cercare di evitare in tutti i modi questa soluzione.

Questo documento è composto di sei punti. Il primo punto è che il divieto all'importazione era la base dell'accordo tra Provincia e Comune di Bolzano e nessuno ci ha ancora dimostrato che noi siamo obbligati a im-

portare rifiuti. L'assessore teine proprio un mese disse in quest'aula che se Bolzano non vuole, non si fa, quindi vuol dire che si può non volere.

La seconda cosa è che l'importazione di rifiuti non era assolutamente prevista nella VIA dell'inceneritore, che era stata fatta sulla base del fatto che l'inceneritore era parte del nostro ciclo dei rifiuti, invece importando rifiuti da fuori, noi gestiamo rifiuti trattati da altri per cui va rifatta la VIA nel caso si volesse intraprendere questa strada.

La terza cosa è che non a caso l'inceneritore aveva la funzione di chiudere il nostro ciclo di rifiuti. Se noi apriamo a rifiuti venuti dall'estero, lo diceva anche il collega Blaas, oggi parliamo del Trentino, ma il Trentino sta facendo passi da gigante per quanto riguarda la raccolta differenziata, e domani dovremo andare a cercare sul mercato nazionale i rifiuti per far funzionare questo inceneritore. A proposito tra l'altro di autonomia, difendere la nostra autonomia contro un'eventuale imposizione statale non sarebbe male anche su questo argomento.

Quarto punto, i rifiuti arrivano da fuori, ma una volta che noi li trattiamo le scorie sono nostre e le scorie dell'inceneritore sono rifiuti pericolosi che vanno messi in discarica, e sono circa il 25% della quantità inserita nell'inceneritore, quindi su 20 mila tonnellate all'anno di rifiuti, ci terremo per l'eternità 5.000 tonnellate all'anno di scorie.

Quinto punto, il teleriscaldamento non c'entra niente. Eco Center e anche l'assessore Theiner in risposta ad alcune nostre interrogazioni l'hanno chiarito, il teleriscaldamento è in parte certo alimentato dal calore dell'inceneritore ma è separabile dall'inceneritore, è autonomo. In parte già adesso va a metano, quindi non è strettamente legato al calore e al massimo funzionamento dell'inceneritore. Noi abbiamo anche avuto la risposta ad una nostra interrogazione sul carico minimo per un funzionamento ottimale dell'inceneritore, e l'assessore Theiner ci ha confermato che in questo momento l'inceneritore può andare avanti con il carico ottimale che c'è, anzi qualcosa di meno.

Ultimo punto, l'incenerimento dei rifiuti non ha futuro. Noi dobbiamo discutere di che futuro ha questo inceneritore. Non ha nessun futuro. Tra un po' dovremo applicare la direttiva europea del 2014 che si intitola: "Verso un'economia circolare. Programma per un'Europa a zero rifiuti." Questo sarà l'ultimo nostro inceneritore, e invece di riempirlo il più possibile dovremmo discutere una exit-strategy da questo inceneritore.

**STEGER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Mir kommt vor, dass hier unter dem Gesichtspunkt der Ideologie und weniger des Umweltschutzes diskutiert wird. Jetzt möchte ich nicht auf die Diskussion eingehen, ob der Müllverbrennungsofen zu groß, nicht zu groß ist oder ob man anfangs der 2000-Jahre, wo man die Kapazitäten errechnet hat, Fehler gemacht hat oder nicht. Das ist jetzt nicht mein Thema.

Mein Thema ist, dass wir heute einen Müllverbrennungsofen haben. Wie ist es am sinnvollsten und am umweltverträglichsten, dass dieser funktioniert? Da sind ein paar Dinge klarzustellen. Natürlich ist die Auslastung, wie sie heute gegeben ist, möglich und nicht eine zusätzliche Belastung für die Bürger. Wir haben derzeit eine Auslastung von ein bisschen weniger als 70 Prozent. Dass aber eine höhere Auslastung, so paradox dies klingen mag, den Ausstoß verbessern würde, ist, glaube ich, auch klar. Das muss nicht ich als Politiker sagen. Fragen Sie Techniker, diese werden Ihnen das sagen. Das Problem der geringeren Auslastung ist also nicht ein umwelttechnisches Problem, sondern vielmehr ein Problem der Anlage selbst, denn die Kessel korrodieren viel schneller und man hat viel schneller Ersatzinvestitionen zu tätigen. Das ist das eine.

Das andere ist die Fernwärme. Ich sehe es anders als Kollege Dello Sbarba. Das Thema Fernwärme hängt natürlich direkt mit dem Verbrennungsofen zusammen. Fakt ist, wenn wir die Umweltverschmutzung des Talkessels in Bozen anschauen, dann haben wir immer noch zirka ein Drittel durch Hausbrand. Wir investieren übrigens in Fernwärme einige Dutzend Millionen Euro im Bozner Raum. Wenn wir das Fernwärmenetz über den Verbrennungsofen speisen, dann würden wir die Belastung aus Hausbrand um 25 Prozent reduzieren, also eine 25prozentige Reduktion würde 8 Prozent weniger Belastung bedeuten. 25 von den 30 Prozent von einem Drittel Hausbrand. Die höhere Auslastung des Verbrennungsofens würde 0,1 Prozent mehr Ausstoß bedeuten. Insofern ist es wohl eine Milchmädchenrechnung, wenn man sagen würde, dass es auf jeden Fall sicherer und besser ist, wenn man die Fernwärme über den Verbrennungsofen bestmöglich nutzt.

Im Übrigen ist es auch so, dass wir ein rechtliches Problem haben. Das weiß Kollege Blaas vielleicht schon. In seinem Beschlussantrag verlangt er vorab, dass man den Import von Müll verbietet. Das würde sei es EU- als auch staatsrechtlich nicht möglich sein, also haben wir auch ein Rechtsproblem. Auf der anderen Seite gebe es die Möglichkeit, das wissen Sie auch, Industriemüll aus Südtirol zu nehmen. Es geht aber um die Qualität des Mülls. Mit dem Fleimstaler Müll, den wir bringen würden, der nicht Industriemüll, sondern Restmüll ist, könnten wir die Qualität des Mülls durchaus garantieren. Insofern würden wir auch die Ersatzinvestitionen, die notwendig sein



werden, retardieren können, also alles in allem wäre die Möglichkeit, den Trientner Müll zu nehmen, nicht eine ökonomische Geschichte, die in erster Linie damit zusammenhängt, sondern eine umwelttechnische Geschichte und auch eine Geschichte der Einsparung von Kosten für die Wartung des Verbrennungsofens. Deshalb können wir diesem Antrag auf keinen Fall zustimmen.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Offensichtlich hat man sich beim Müllverbrennungsofen von Anfang an ziemlich verkalkuliert, was die Dimensionen oder auch die Planungskosten anbelangt, wenn man von 40 Millionen zusätzlich an Instandhaltungskosten hört und es keine Möglichkeit gibt, den Müll per Zug anstatt per Lkw anzuliefern. Positiv ist, dass hier die Fernwärme da ist, also der Hausbrand insofern reduziert wird. Das ist sicher auch im Sinne des Umweltschutzes. Wir von der Südtiroler Freiheit setzen auf alle Fälle auf Autarkie sei es was die Energieversorgung, die Klärung der Abwässer, der Wasserversorgung als auch diese Müllverbrennung anbelangt. Deswegen wollen wir uns absolut nicht in neue Abhängigkeiten begeben und dass uns von auswärts gesagt wird, dass Müll zugeliefert wird. Zuerst sollten wir vielleicht versuchen, unsere eigenen Mülldeponien, die wir im eigenen Lande haben, aufzulassen und dem Müllverbrennungsofen zuzuführen. Das wäre ein erster Schritt. Auf alle Fälle unterstützen wir einen internen Kreislauf, was die Müllverbrennung anbelangt. Deshalb unterstützen wir auf alle Fälle diesen Antrag.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte zusätzlich zu dem, was mein Kollege Blaas gesagt hat, zwei Aspekte einbringen. Er hat eine Anfrage zitiert, die ich im Jahre 2014 eingereicht habe, in welcher der Landesrat ganz klar und deutlich sagt, dass ein Importverbot aufrecht bleibt. Er zitiert auch die gesetzliche Grundlage. Ich möchte einfach nachfragen, was sich seither geändert hat. Gibt es eine neue Gesetzeslage? Ich weiß, dass Ministerpräsident Renzi eine Verordnung erlassen hat, mit der er die Provinzen verpflichtet, Müll aufzunehmen. Gilt das auch für Südtirol? Das wäre wiederum eine gewaltige Stärkung "unserer Autonomie" bzw. das Gegenteil selbstverständlich. Das ist das eine.

Das andere ist das Signal, das wir jetzt aussenden. Wir haben jahrelang unsere Bürger aufgefordert, Müll zu trennen, weniger Müll zu produzieren. Wenn die Bürger jetzt sehen, dass man den Dreck von anderen Regionen verbrennt, dann fragt man sich, warum man jetzt noch trennen soll. Die Kosten sind es vielleicht, die jemanden animieren, weniger zu zahlen, aber sonst ist das ein falsches Signal. Im Umkehrschluss kann man davon ableiten, dass der Müllverbrennungsofen eine Menge Platz hat. Wieso trennen wir? Wieso vermeiden wir Müll, wenn sowieso genug Platz ist? Wieso müssen wir den Müll von außen bringen?

Ich habe damals schon darauf hingewiesen, dass der Ofen viel zu groß ist und dass wir diese Problematik bekommen, auch ausgehend von Erfahrungen, die anderswo gemacht worden sind. Ich habe mehrmals das Beispiel von Baden-Württemberg erwähnt, wo man in Schweizer Medien folgende Inserate geschaltet hat: "Trennt uns den Müll, wir nehmen Euch den Müll ab, weil wir Kapazitäten haben, baut nicht selber einen Ofen, führt den Dreck zu uns herauf." Jetzt wiederholt sich dasselbe. Das ist dasselbe, was wir anderswo schon erlebt haben. Davor haben wir zwar gewarnt, aber man hat, wie so oft, nicht auf uns gehört und jetzt hat man die Konsequenzen. Natürlich kann man damit argumentieren, dass der Ofen eh schon da wäre. Das ist dann die nächste Argumentationslinie. Und wenn er schon da ist, werden wir doch nicht blöd sein, ihn nicht voll auszulasten. Mit diesem Argument geht man jetzt hausieren, aber so einfach kann man der Landesregierung diese Geschichten nicht durchgehen lassen, denn solche Fehler häufen und wiederholen sich immer wieder. Deshalb ist dieser Antrag sicherlich richtig. Wenn die Landesregierung selber zu ihren Aussagen steht, dann müsste sie eigentlich den Antrag annehmen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Wir beschäftigen uns als Grüne schon seit vielen Jahren mit dem Thema Müllverbrennungsofen, aber die Aussage, dass die Kessel korrodieren, war uns wirklich noch nicht untergekommen, also so im Sinne von "wer rastet rostet", ich weiß es jetzt auch nicht genau.

Tatsache ist, dass das Ganze eine unheimliche Misserfolgsgeschichte ist und das müssen wir einfach ganz deutlich sagen. Eine unheimliche Misserfolgsgeschichte. Wir haben gerade Daten zur Fernwärme bekommen. Leider ist sie auf der Landtagsseite nicht online, sodass ich sie jetzt nicht wörtlich zitieren kann. Wir hatten noch einmal nachgefragt, wie es denn mit dieser Fernwärme gedeihen würde. Die Fernwärme ist in den letzten Jahren um 20 Anschlüsse weitergekommen.

Es hat einmal geheißt, dass man mit dem Müllverbrennungsofen fast die ganze Stadt beheizen könne, was dann auch die CO<sup>2</sup>-Bilanz der Stadt verändern würde. Es war an und für sich irgendwann einmal an irgendeinem Augenblick ein wahrscheinlich in sich schlüssiges Konzept, das ich nicht teile in der Anlage. Ich möchte von

vornherein sagen, dass das für uns Grüne nicht das richtige Konzept ist, aber da gab es mal die Idee dahingehend "Es gibt Müll, Müll wird verbrannt und mit der Abwärme kann man die Stadt heizen". Wie gesagt, es ist nicht unser Konzept, aber es ist zumindest in sich schlüssig.

Es ist aber so gelaufen, dass der Ofen entgegen aller Warnungen von allen Seiten zu groß gebaut wurde. Wir haben jetzt auf der einen Seite zu wenig Müll, um den Ofen voll zu machen, auf der anderen Seite zu wenig Fernwärmenetz, um die Abwärme auch zu nutzen. Was ist dann die Lösung von dem? Nicht das Müllkonzept endlich einmal zu überarbeiten und zu überlegen, wie man dieses unselige Konzept, das auf allen Seiten leckt, endlich verbessert, nein, man denkt daran, den Müllofen anderweitig zu füllen, und zwar mit Importen aus anderen Provinzen. Mein Kollege hat es schon gesagt. Es wird so gehen, dass, wenn der Müll von Trient aufgebraucht ist, Importe aus anderen norditalienischen Regionen kommen werden. Irgendwann wird aus der "Green Region" eine Region der Müllverbrennung für Norditalien. Das kann vielleicht ein Konzept sein, das die Landesregierung vorantreibt, aber es wäre jetzt der Zeitpunkt umzudenken, den Fernwärmeausbau zu stoppen. Das wäre sogar möglich, denn entgegen vieler Aussagen, die wir uns in den letzten Jahren angehört haben, stand endlich in einer Antwort auf eine unserer Anfragen dazu, dass das bestehende Fernwärmenetz, das sich, wie gesagt, in den letzten Jahren so wenig weiterentwickelt hat, weil da echt geschludert wurde, auch mit Methan gehen könnte. Damit ist eigentlich die Lösung schon angelegt, also jetzt den Moment zu nutzen - unsere Stadträtin Artioli hat genau diesen Entwurf vorgelegt - und nicht noch mehr in die falsche Richtung zu arbeiten, sondern in jene, in der übrigens die Bürgerinnen und Bürger Südtirols auch schon längst arbeiten, indem sie so fleißig Müll trennen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es stehen sich hier diese zwei Philosophien gegenüber, nämlich jene der Müllverwertungsanlagen und jene der Müllverbrennungsanlagen. Das ist natürlich eine Grundsatzfrage. Es ist beides nicht die ideale Lösung. Das ist auch immer so ein bisschen die Augenauswischerei. Wenn man Müll trennt, dann hat man unterm Strich nicht weniger Müll. Der Müll bleibt immer derselbe. Man hat vielleicht ein besseres Gewissen, wenn man das Plastiksäckchen nicht in den normalen Hausmüll wirft, aber deswegen bleibt dieselbe Menge des Plastikmülls. Man müsste ansetzen, diesen zu vermeiden. Das ist immer ein bisschen das Problem an der ganzen Sache.

Was mich schon ein bisschen stutzig macht, ist diese ganze Diskussion um den Müllverbrennungsöfen. Ich bin bestimmt ein Befürworter, dass die Europaregion Tirol zusammenwächst, aber dass der größte Austausch zwischen dem Trentino und Südtirol ausgerechnet im Bereich des Mülls stattfindet, ist nicht unbedingt die Entwicklung für die Europaregion Tirol, die ich mir wünschen würde. Wir sollten uns schon auch überlegen, was das langfristig für Konsequenzen für Südtirol hat. Es ist ja nicht nur mit der Müllverbrennung alleine abgetan, sondern bei dieser Müllverbrennung bleiben auch gewisse Stoffe zurück, die dann speziell entsorgt werden müssen. Was passiert zum Beispiel mit diesen Stoffen? Wir holen mehr Müll nach Südtirol. Was passiert mit diesen nicht verbrennbaren, nicht verwertbaren Stoffen? Werden sie in Südtirol deponiert? Wo landen sie? Gehen sie in diese Herkunftsregionen wieder zurück? Ich ersuche die Landesregierung um Auskunft, denn es kann nicht sein, dass wir uns Müll nach Südtirol holen und Schwermetalle oder was auch immer dann nicht verbrennbar sind, dass das in Südtirol bleibt. Das ist schon auch ein Aspekt, den wir in dieser ganzen Diskussion berücksichtigen müssen.

Dann würde mich noch etwas interessieren. Als der Müllöfen gebaut wurde, hat es geheißen, dass die alte Müllverbrennungsanlage eigentlich auf einem technisch sehr hohem Niveau wäre, dass diese zukünftig, glaube ich, in Südkorea teuer weiterverkauft und dort in kurzer Zeit aufgebaut werden sollte. In den letzten Tagen hat es geheißen, dass sie abgebaut und verschrottet wird. Was ist denn mit dieser südkoreanischen Müllverwertung passiert? Davon hat man nichts mehr gehört. Das würde mich in diesem Zusammenhang auch interessieren. Den Landesrat bitte ich um Auskunft.

Hier noch einmal, das hat mein Kollege Zimmerhofer schon gesagt, der dringende Appell an die Landesregierung, zu prüfen, ob nicht bestehende Mülldeponien zunächst einmal ... Bitte? Südkorea hieß es damals, glaube ich. Unabhängig davon werden wir das dann klären. Ich muss jetzt damit nicht meine Redezeit verlieren. Ich möchte diesen dringenden Appell an die Landesregierung richten. In den letzten Jahrzehnten hat es in Südtirol teilweise auch in vielen Gemeinden diese ungesonderte und unsortierte Mülldeponierung gegeben. Ich möchte wissen, ob es nicht sinnvoller wäre, zunächst einmal diese Deponien – das sind tickende Zeitbomben – aufzulösen oder auch wieder auszugraben. Diese sind zukünftig ein großes Gefahrenpotential für Trinkquellen usw. Diese bestehenden Deponien sollten zunächst einmal ausgehoben und womöglich verbrennt werden und damit der Müllöfen gefüllt werden. Damit haben wir das Problem der bestehenden Altlasten, der Altdeponien gelöst. Dann machen wir uns weitere Gedanken, wie wir diesen Müllöfen entweder füllen oder eine andere Möglichkeit dafür finden können, aber bevor wir bitte Müll aus anderen Regionen herankarren, würde es mir sinnvoller erscheinen,

die in Südtirol bestehenden Deponien zunächst einmal abzuarbeiten und diese dort einer Verbrennung zuzuführen und erst dann sich Gedanken darüber machen, wo man Müll herholt. Ich bitte die Landesregierung um diese beiden Auskünfte.

**PRESIDENTE:** Consigliere Blaas, intende proseguire o interrompiamo e riprendiamo domani mattina la discussione?

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Ich glaube, dass es sinnvoll ist, wenn wir morgen mit der Behandlung des Beschlussantrages weiterfahren.

**PRESIDENTE:** La trattazione della mozione n. 630/16 è sospesa.

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 651/16 del 17/8/2016, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante scuole materne plurilingui"**.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 651/16 vom 17.8.2016, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend mehrsprachige Kindergärten"**.

*Premesso che ogni cittadino della Provincia autonoma di Bolzano ha diritto a frequentare un ciclo scolastico completo nella propria madrelingua,  
considerato che la frequentazione di una scuola monolingue comporta una minore opportunità nel favorire il plurilinguismo,  
considerato che le famiglie plurilingui, come emerso dallo studio promosso dall'Astat provinciale, hanno maggiori possibilità economiche e sociali all'interno della società sudtirolese,  
considerato che ciò si trasforma anche in beneficio di maggior gettito a favore del bilancio provinciale,  
premesse che un plurilinguismo avanzato crea un migliore e diffuso progresso sociale in provincia di Bolzano,  
considerate le richieste delle famiglie, in particolare quelle del gruppo linguistico italiano, di un bisogno di miglior apprendimento della lingua tedesca per i propri figli,  
premesse che si debba mantenere la specialità linguistica espressa dalla comunità ladina, nelle valli di riferimento,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita la Giunta provinciale*

- a potenziare l'offerta di scuole materne plurilingui con una prevalenza dell'insegnamento della lingua tedesca e inglese, ove richiesto dalle famiglie;
- a produrre un'indagine conoscitiva presso le famiglie in tal senso.

*-----*

*Vorausgeschickt, dass alle Bürgerinnen und Bürger Südtirols das Recht haben, die gesamte schulische Laufbahn hindurch eine Schule in ihrer Muttersprache zu besuchen,  
angesichts der Tatsache, dass der Besuch einer einsprachigen Schule geringere Möglichkeiten zum Erlernen mehrerer Sprachen bietet,  
angesichts der Tatsache, dass mehrsprachige Familien, in Südtirol in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht besser gestellt sind, wie aus einer Studie des Landesinstituts für Statistik Astat hervorgeht,  
angesichts der Tatsache, dass dies auch zu Mehreinnahmen für den Landeshaushalt führt,  
vorausgeschickt, dass eine fortgeschrittene Mehrsprachigkeit zu einer besseren und weitreichenden Entwicklung der Südtiroler Gesellschaft beiträgt,  
angesichts der Forderungen der Familien, insbesondere der italienischen Sprachgruppe, die sich für ihre Kinder ein besseres Erlernen der deutschen Sprache wünschen,  
unter der Voraussetzung, dass die sprachliche Besonderheit der ladinischen Täler gewahrt bleibt,*

fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

- dort, wo die Familien darum ersuchen, das Angebot der mehrsprachigen Kindergärten insbesondere der Deutsch- und Englischstunden auszubauen;
- die diesbezüglichen Wünsche und Erwartungen der Familien zu erheben und eine entsprechende Studie vorzulegen.

La consigliera Artioli e l'assessore Tommasini hanno presentato un emendamento: La parte dispositiva è così sostituita:

"il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita la Giunta provinciale

- in accordo e con la compartecipazione delle famiglie, a continuare il percorso di potenziamento dell'offerta plurilingue (tedesco e inglese) nelle scuole dell'infanzia italiane;
- a produrre un'indagine conoscitiva e informativa presso le famiglie in tal senso."

Der beschließende Teil erhält folgende Fassung:

"fordert der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf,

- im Einvernehmen und unter Miteinbeziehung der Familien das mehrsprachige Angebot (Deutsch und Englisch) in den italienischen Kindergärten weiterhin auszubauen;
- eine Studie über die Erwartungen der Familien durchzuführen und die Familien über das gesamte Angebot zu informieren."

La parola alla consigliera Artioli, ne ha facoltà.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Leggo la mozione:

*"Premesso che ogni cittadino della Provincia autonoma di Bolzano ha diritto a frequentare un ciclo scolastico completo nella propria madrelingua,*

*considerato che la frequentazione di una scuola monolingue comporta una minore opportunità nel favorire il plurilinguismo,*

*considerato che le famiglie plurilingui, come emerso dallo studio promosso dall'Astat provinciale, hanno maggiori possibilità economiche e sociali all'interno della società sudtirolese,*

*considerato che ciò si trasforma anche in beneficio di maggior gettito a favore del bilancio provinciale,*

*premesse che un plurilinguismo avanzato crea un migliore e diffuso progresso sociale in provincia di Bolzano,*

*considerate le richieste delle famiglie, in particolare quelle del gruppo linguistico italiano, di un bisogno di miglior apprendimento della lingua tedesca per i propri figli,*

*premesse che si debba mantenere la specialità linguistica espressa dalla comunità ladina, nelle valli di riferimento,"*

chiedevo alla Giunta provinciale di aumentare l'offerta delle scuole italiane plurilingui con un potenziamento dell'insegnamento delle lingue tedesca e inglese ove richiesto dalle famiglie interessate.

Sappiamo che le sezioni attuali sono "overbooking" le famiglie cercano tutti i modi nelle scuole e negli asili italiani di inserire i loro figli nelle sezioni plurilingue, e chiedono questo potenziamento. L'assessore Tommasini ha già fatto un grosso lavoro, è riuscito comunque ad aprire tante sezioni nonostante una politica contraria, perché non ci si può lamentare che gli italiani iscrivano i propri figli negli asili tedeschi se non ci date la possibilità di potenziare negli asili italiani il tedesco e l'inglese. È una scelta, la scelta cioè di dare al gruppo linguistico italiano la possibilità di evolversi stando nel proprio ambiente, senza essere costretti a portare i propri bambini negli asili tedeschi potendo avere la possibilità di poterli crescere plurilingui. Sappiamo che la lingua tedesca è difficile, bisogna poterla sentire in continuazione, non è una lingua che si apprende facilmente, quindi più sei esposto, meno fatica fai a imparare il tedesco. Bisogna dare una mano all'assessore per poter ampliare ancora di più questa offerta. Abbiamo anche la problematica degli insegnanti italiani che hanno paura di perdere i loro posti di lavoro, ma credo che la cosa fondamentale sia il bene dei bambini. Avere dei bambini che parlano solo italiano negli asili tedeschi non è un vantaggio per nessuno, perché le famiglie di lingua tedesca si lamentano, i bambini di lingua italiana si sentono "persi" all'interno degli asili tedeschi, che fanno fatica a inserirsi. Questa sarebbe la soluzione, senza fare a pugni per avere un posto, perché le sezioni sono poche, ecco perché poi vengono iscritti negli asili di lingua tedesca, perché se vuoi vivere in questa terra devi sapere il tedesco perfettamente come l'italiano, altrimenti non hai possibilità di sviluppo, di carriera. Se vuoi vivere qui è un'opportunità in più.

Con questa mozione non voglio introdurmi nel mondo di lingua tedesca, ma è una difesa del mondo di lingua italiana. Chiedo di dare un'opportunità in più ai bambini italiani, perché comunque le lamentele sono sempre quelle: i genitori che fanno questa scelta perché non trovano posto nelle sezioni plurilingue alla fine li iscrivono negli asili tedeschi, ma il disagio c'è sia alla scuola materna che alle scuole elementari. Si sentono di non essere accolti come dovrebbero. I genitori vengono da noi disperati perché nei gruppi di lavoro viene detto loro che non dovrebbero iscrivere i loro figli negli asili di lingua tedesca. È una cosa sempre presente nonostante siano passati anni, io l'ho vissuta nel 1970 e avevo la madre tedesca e il padre italiano, ma avevo il nome e cognome italiano, quindi ero l'extracomunitaria dentro la classe, perché eravamo pochi a frequentare gli asili in lingua tedesca, e sono una mistilingue. Figuriamoci adesso che sono monolingui. L'unica soluzione è quella di poter aumentare ancora le sezioni plurilingui nelle scuole di lingua italiana, per potenziare sempre di più le lingue tedesco e inglese, che è la richiesta delle famiglie, per dare un'opportunità in più, non abbiamo la problematica attuale in cui ci sono intere sezioni tedesche dove si parla solo l'italiano, perché questa è la realtà. Negli asili basta andare a fare un sopralluogo e si capisce quanti bambini tedeschi ci sono e quanti bambini italiani sono presenti. Lo vediamo anche dai dati che sono pubblicati ogni anno. Questo è il modo per poter contrastare questo fenomeno, perché nessuno fa questa scelta volentieri, lo si fa per dare un'opportunità ai propri figli, e noi non possiamo chiudere gli occhi, perché più lingue sai, più avanti vai, più futuro hai. Credo che il massimo desiderio per i genitori sia quello di vedere che i propri figli possano realizzare i propri sogni, possano capire le lingue, poter parlare senza sentire di non poter comunicare.

Sappiamo da studi fatti dall'Università di Bolzano che la lingua tedesca appresa da 0 a 6 anni ti resta dentro e riesci a esprimerti, magari facendo degli errori come faccio io, ma riesci a capire, non hai l'accento che potrai sviluppare solo nei primi anni di vita. Poi farai sempre più fatica, lo parli ma con molta più fatica, con l'accento diverso e si sentirà per sempre che l'hai appreso dopo. Abbiamo qui l'esempio del collega Dello sbarba che è brevissimo, sicuramente fa meno errori di grammatica rispetto a me, però il suo accento si sente. Ha studiato più di me, è sicuramente più preparato di me nella lingua, ma non riuscirà mai a togliere il suo accento. Sarà sempre uno straniero che parla il tedesco.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Considerato il fatto che noi su questo argomento abbiamo presentato un disegno di legge che sta ammuffendo al punto n. 265 dell'ordine del giorno, cogliamo questo spunto della collega, anche se ci sembra un po' strano che voglia introdurre la scuola materna plurilingue solo nella scuola materna di lingua italiana, perché ci sembra un controsenso, sarebbe bello se questo passo si potesse fare semplicemente con una mozione. Daremo comunque il nostro appoggio.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich verstehe das Anliegen der Kollegin Artioli. Wir reden ja nicht das erste Mal darüber. Allerdings möchte ich ein paar Einwände machen bzw. den Antrag auch kritisch beleuchten insofern, als dass beispielsweise im Absatz 2 des einleitenden Teiles Folgendes steht: *"angesichts der Tatsache, dass der Besuch einer einsprachigen Schule geringere Möglichkeiten zum Erlernen mehrerer Sprachen bietet"*. Das stimmt ganz einfach nicht. Geringer gegenüber was denn? Wir haben in Südtirol die Möglichkeit, in der Schule Deutsch, Italienisch, Englisch und auch andere Sprachen zu lernen. Das Angebot ist ja schon da. Ich weiß schon, es geht immer um die mehrsprachige Schule. Das ist etwas anderes, aber die Möglichkeit, die Sprachen zu erlernen, ist da.

Heute war eine Delegation aus Brandenburg hier. Die Vorsitzende des ersten Gesetzgebungsausschusses, Kollegin Amhof, hat es selber auch gesagt. Wir haben eine sprachenlastige Schule mittlerweile. Der Kindergarten ist nicht nur eine Stätte, wo man Sprachen lernt, sondern hat schon auch andere Aufgaben. Das Sprachenlernen ist selbstverständlich wichtig. Dann heißt es: *"angesichts der Forderungen der Familien, insbesondere der italienischen Sprachgruppe, die sich für ihre Kinder ein besseres Erlernen der deutschen Sprache wünschen"*. Das ist berechtigt, aber dann muss man dort ansetzen, wo die Mängel sind, nämlich bei den Zweitsprachenlehrern. Wir verlangen das seit Jahren. Das ist bekannt. Selbst die italienische Schulleiterin oder der Schulleiter seinerzeit haben zugegeben, dass das Problem jenes ist, dass die Zweitsprachenlehrer in den italienischen Schulen oft keine Deutschen sind. Sie kommen von überall her, üben einen Job aus, sie unterrichten aber nicht die zweite Sprache. Dann kommt das andere Phänomen, dass wir die zweite Sprache nicht als Fremdsprache unterrichten, sondern als Zweitsprache mit den praktischen Anwendungen, die wir halt haben, wo wir auf der Stelle treten. Das ist alles bekannt, nämlich auswendig lernen und nichts verstehen in der deutschen Schule Manzoni und weiß Gott was alles und umgekehrt hochtrabende Gedichte, die man nicht versteht, nicht praxisbezogen. Über diese Dinge haben wir hier oft gesprochen. Da gilt es eigentlich anzusetzen.

Hier ist davon die Rede, die diesbezüglichen Wünsche und Erwartungen der Familien zu erheben. Wenn wir jetzt überall die Wünsche und Erwartungen der Familien erheben, um etwas zu tun, dann werden wir viele Vorschläge bekommen. Wenn eine klare Forderung da ist, die man sich anzuschauen hat, dann entscheidet das Ja, aber wenn es darum geht, Wünsche zu erheben, dann wird diese Liste lang werden.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, und zwar nicht, um näher in die Materie einzugehen, da sind sicher andere Kollegen kompetenter, sondern auf eine Studie zu verweisen. Ich habe kürzlich einen Artikel in der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" gelesen, wo es genau um dieses Thema ging und die eigentlich alle europäischen Studien zu diesem Thema mehr oder weniger über den Haufen wirft, denn dort kommt eindeutig heraus, dass, wer später beginnt – man hat die Sprache Englisch hergenommen -, schneller aufholt und die Muttersprache viel, viel besser kann. Das hat diese Forscherin in der Schweiz, sie heißt Simone Pfenninger, die an der Uni Salzburg forscht, selbst überrascht. Ich kenne die Studie nicht im Detail, aber es ist natürlich interessant, dass selbst Forscher, die sich wirklich nur damit beschäftigen, zur Erkenntnis kommen, dass es eigentlich besser ist, später mit der Zweitsprache zu beginnen. In diesen Erkenntnissen ist herausgekommen, dass die Muttersprache viel besser ist und danach eigentlich der Unterschied nicht mehr gegeben ist, dass diese die Zweitsprache sehr schnell aufholen. Diese Studie dürfte im Detail sicher interessant sein, denn sie geht auch so weit, mit diesem Spruch "was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr" aufzuräumen. Hier werden auch Senioren erforscht sozusagen, die nicht die Möglichkeit hatten, irgendwo in der Schule eine zweite Sprache usw. zu erlernen, wenn diese im Alter sozusagen Englisch gelernt haben usw., wie es sich dort verhält, wie es dort aussieht. Ich denke, das kann man jetzt nicht verlangen, das sollte jeder für sich tun, sich vielleicht diese Studie heranzuziehen, weil sie sicherlich interessant ist. Man muss der Fairness halber auch sagen, dass schon auch gesagt wurde, dass dies bei Kindern, die von den Eltern von klein auf zweisprachig erzogen werden, nicht gilt. Aber das ist, glaube ich, irgendwo klar. Für Kinder, die zweisprachig erzogen werden, gilt tatsächlich "je früher, desto besser", aber das ist, glaube ich, irgendwo eine logische Sache.

Ansonsten ist es, wie gesagt, interessant, dass jetzt all diese Dinge, die bisher in dieser Materie das Amen im Gebet gegolten haben, durch Analysen usw. ins Gegenteil umschlagen. Wie gesagt, für alle, die interessiert sind: Die Forscherin heißt Simone Pfenninger. Der Artikel ist am 30. September in der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" nachzulesen und die Forschung basiert an der Uni Salzburg. Ich denke, dass sich dort jene, die Interesse daran haben, die Ergebnisse näher anschauen bzw. besorgen können.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Kollegin Mair! Das ist wirklich eine interessante Studie. Ich glaube, gerade solche Überlegungen müssen wir einfach anstellen, wenn wir über die Ausbildung und über die Sprachkompetenzen in unseren Kindergärten und Schulen sprechen. Wir dürfen das nicht einfach nur aus der politischen Sicht sehen, sondern müssen das auch langfristig sehen. Das haben wir ja alle gemeinsam. Wir wollen, dass unsere Kinder so gut als möglich zwei, auch drei Sprachen lernen, ohne dass deswegen die Muttersprache darunter leidet, ohne dass deswegen die Gefahr besteht, dass die Schülerinnen und Schüler zukünftig auch das Gespür für die Bedeutung der eigenen Muttersprache verlieren. Da sind wir, glaube ich, uns alle einig. Die Unterschiede bestehen einfach in der Herangehensweise.

Ich sage es noch einmal. Wenn das Ziel jenes wäre, dass man sozusagen nur anbieten möchte, dass die Schüler mehr Sprachen lernen, dann wäre niemand dagegen. Aber wenn ich mir den Beschlussantrag durchlese und dort drinnen steht, dass eine einsprachige Schule geringere Chancen bietet, mehrere Sprachen zu lernen, wenn praktisch nur mehrsprachige Familien wirtschaftlich bessergestellt sind, wenn das zu Mehreinnahmen für den Landeshaushalt führt, wenn das besser ist für unsere Gesellschaft, dann gibt man dort irgendwo schon eine klare Botschaft mit. Das ist dann keine neutrale Entscheidung mehr. Die Eltern werden vor die Wahl gestellt, ihr Kind entweder in eine muttersprachliche Ausbildung zu schicken, wobei man praktisch fast schon rückständig ist oder ihr Kind in diese mehrsprachige Ausbildung zu schicken, wo es dann all diese Chancen hat. Die Studien belegen, dass man das mit Vorsicht genießen möchte.

Ohne dass wir uns hier gegenseitig die Argumente immer wieder austauschen müssen, die wir uns schon oft gegenseitig vorgeführt haben. Ich war letzte Woche mit einer Delegation im Aostatal. Es tut mir leid, Herr Landtagspräsident, es hätte eigentlich einmal eine Delegation aus dem Südtiroler Landtag zu Beginn der Legislaturperiode ins Aostatal fahren sollen. Dies ist dann abgesagt worden, weil im letzten Moment der Landtagspräsident im Aostatal, glaube ich, verstorben ist. Es wäre wirklich sinnvoll, dass wir das einmal machen, dass vielleicht der Landesrat für Schule diese Delegation begleitet, dass wir uns die Schulsysteme im Aostatal anschauen. Ich war letzte Woche dort und habe mir das einmal angeschaut. Dort gibt es diese paritätische Schule. Dort fängt man

jetzt auch im Kindergarten mit dem CLIL-Unterricht usw. an. Die Lehrer warnen eindringlich davor, weil sie sagen, dass den Schülern die Kompetenz in der eigenen Sprache verloren geht. Im Aostatal ist man inzwischen auf einen Punkt angelangt, wo die französischsprachige Bevölkerung sagt: Warum müssen wir überhaupt noch in der Schule Französisch sprechen? Warum braucht es in der Verwaltung eine Zweisprachigkeit? Diese kostet uns nur Geld, wenn wir doch alle Italienisch können. Das ist doch nicht die Entwicklung, die wir in Südtirol haben wollen. Ich glaube, dass wir uns darüber einig sind. Deswegen wäre das, glaube ich, ein Antrag an Sie, Herr Landtagspräsident, dass wir vielleicht diese Fahrt, die wir ursprünglich machen wollten, die bereits angesetzt war, wiederholen. Das wäre mein Antrag. Der Wunsch war damals schon da, dass wir das machen, weil ich glaube, das würde uns als Südtirol gut tun, wenn wir nicht immer nur diese Nabelschau betreiben, sondern uns wirklich einmal in anderen Minderheitenregionen anschauen, was gut funktioniert und was nicht gut funktioniert, was wir nicht umsetzen sollten, nur weil man im Moment glaubt, dass es Mainstream ist, wie man das so schön auf Neudeutsch sagt. Ich glaube, das würde uns gut tun, weil die Beispiele im Aostatal uns einfach zeigen, dass das nicht gut tut, auch langfristig gedacht. Wir hatten beispielsweise auch die Gelegenheit, mit Aostanern über die Autonomie zu sprechen. Viele Aostaner wissen nicht einmal mehr, warum sie überhaupt eine Autonomie haben, geschweige denn, dass sie noch die Notwendigkeit für eine Autonomie sehen. Das ist langfristig auch eine Folge dieser Politik. Ich denke, das ist eine falsche Politik. In diese Falle dürfen wir in Südtirol nicht tappen. Deswegen würde es uns gut tun, bevor wir solche Entscheidungen treffen, Informationen hereinzuholen.

**PRESIDENTE:** Prendo nota della richiesta del consigliere Knoll. Comunico fra l'altro che quest'oggi era presente in Consiglio provinciale la commissione cultura e istruzione giovani e sport del Brandeburgo, due settimane fa era presente la commissione istruzione della Turingia per cui i contatti con diverse rappresentanze di questo settore sono frequenti e diffusi.

Visto che sono le 18, per la replica dell'assessore Tommasini rinvio a domani mattina.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

*Grazie la seduta è chiusa.*

**Ore 17.57 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER 12

AMHOF 13, 14

ARTIOLI 7, 8, 29, 34

BLAAS 9, 10, 27, 33

DEEG 19

DELLO SBARBA 23, 29

FOPPA 8, 9, 31, 35

HEISS 1, 2, 3, 4, 15, 16, 21

KNOLL 10, 11, 17, 18, 32, 36

KÖLLENSPERGER 12, 13, 14, 15, 20

KOMPATSCHER 1, 2, 4, 5, 12, 13

LEITNER 3, 4, 14, 16, 17, 31, 35

MAIR 36

MUSSNER 6, 7, 10, 14, 15, 16

PÖDER 6, 7, 11, 12, 18, 19, 22

SCHULER 4

STEGER 24, 30

STIRNER 5, 6

STOCKER M. 5, 7, 15

THEINER 8, 13, 20, 21

TOMMASINI 11, 17, 18

TSCHURTSCHENTHALER 22

ZIMMERHOFER 4, 5, 31